

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 26.02.2024 um 14:30 Uhr
Sitzungssaal der Wasgauhalle, Ebene 1

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	37

Und zwar

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

außer TOP 6

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Florian Bilic

Herr Tapani Braun

Frau Edeltraut Buser-Hussong

Herr Dieter Clauer

Herr Maurice Croissant

Herr Wolfgang Deny

Frau Ulla Eder

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Frau Brigitte Freihold

Herr Frank Fremgen

ab 17.45 Uhr

Herr Jürgen Hartmann

Herr Wolfgang Hendrichs

Herr Gerhard Hussong

Herr Florian Kircher

Herr Hartmut Kling

Herr Jochen Knerr

Frau Susanne Krekeler

Frau Brigitte Linse

Frau Gabriele Mangold

Herr Dr. Bernhard Matheis

Frau Christine Mayer

Herr Ralf Müller

Frau Uschi Riehmer

Herr Philipp Scheidel

Herr Bernd Schwarz

Herr Tobias Semmet

Herr Berthold Stegner

Herr Sebastian Tilly
Herr Manfred Vogel
Herr Ferdinand L. Weber
Herr Erich Weiß
Herr Bastian Welker
Herr Steven Wink
Frau Regina Zipf

Protokollführung

Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Herr Tobias Becker
Frau Lisa Bieber
Frau Ursula Dubois
Frau Annette Legleitner
Frau Kimberly Lemmens
Herr Oliver Minakaran
Herr Andreas Mühlbauer
Herr Gustav Rothhaar
Frau Ulrike Weil
Herr Maximilian Zwick

Zur Sitzung hinzugezogen

Herr Christoph Arnold

arnold + partner architekten mbB

Abwesend:

Mitglieder

Herr Dr. Florian Dreifus
Herr Frank Eschrich
Herr Thomas Heil
Frau Heidi Kiefer
Herr Jürgen Meier
Frau Sabine Schunk
Frau Annette Sheriff
Herr Heinrich Wölfling

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Die Verpflichtung des Ratsmitgliedes Mayer erfolgt durch den Vorsitzenden gemäß den Bestimmungen der Gemeindeordnung auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Planung Umzug Stadtbücherei
2. Berichterstattung Gemeindeschwestern Plus
3. Vergabeermächtigungen
 - 3.1. Städtische Sporthalle Turnstraße
Erteilung einer Vergabeermächtigung
 - 3.2. Kindergarten Gersbach, Erneuerung der Fenster und Deckensanierung
Erteilung der Vergabeermächtigung
 - 3.3. Käthe-Dassler Realschule plus - Fenster- und Türentausch
Erteilung Vergabeermächtigung Bauteil B
 - 3.4. Hugo-Ball-Gymnasium Fenster- und Türentausch Bauteil C
Erteilung der Vergabeermächtigung
4. Zustimmung zur Teilnahme am Landesprogramm "Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (PEK-RP)"
5. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen
 - 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024
 - 5.2. Forstwirtschaftsplan 2024
 - 5.3. Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebes mit Finanzplan und Investitionsprogramm
 - 5.4. Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan und Investitionsprogramm

- 5.5. Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); ohne Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan
6. Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters sowie des hauptamtlichen Beigeordneten; Einsatz der Infrastruktur der Verwaltung
7. Unterrichtung des Stadtrates nach § 33 Abs. 2 Gemeindeordnung (GemO) über Verträge der Stadt Pirmasens mit Rats- und Ausschussmitgliedern, Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern sowie städtischen Bediensteten
8. Nachwahlen
 - 8.1. Nachwahl für den Hauptausschuss und den Werkausschuss des Wirtschafts- und Servicebetrieb (WSP)
9. Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO
10. Anträge der Fraktionen
 - 10.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 15.02.2024 bzgl. "Einführung des Ersthelfersystems "KATRETTTER" in Pirmasens"
11. Anfragen und Informationen

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Ratsmitglied Tilly um eine Schweigeminute für die Opfer des Ukrainekriegs, da sich dieser bereits zum zweiten Mal jährt.

Sodann erhebt sich der Stadtrat zur Schweigeminute.

zu 1 **Planung Umzug Stadtbücherei**

Der Vorsitzende zeigt auf, Pirmasens sei eine Stadt der Bildung und der Kultur. Deshalb betreibe die Stadt bereits seit 123 Jahren eine Stadtbücherei. Denn die Bücherei in Pirmasens sei 1901 gegründet worden. Seit dieser Zeit sei die Büchereien einige Male umgezogen. Seit 1957/58 sei sie im "Messehochhaus" in der Dankelsbachstraße untergebracht. Dort sei die Stadtbücherei zu einem "kulturellen Zentrum" herangewachsen.

Die Stadtbücherei sei stetig verbessert und weiterentwickelt worden. Leiterin Ulrike Weil und ihr Team hätten die Bücherei in die Zukunft geführt. Doch nach weit über 60 Jahren seien die Räumlichkeiten in der Dankelsbachstraße an ihre Grenzen geraten. Die Anforderungen an die Stadtbücherei als modernes Informations- und Medienzentrum hätten sich verändert. Es sei an der Zeit, die Stadtbücherei auch räumlich in die Zukunft zu führen.

Da eine Erweiterung am bestehenden Standort nicht möglich sei, hätte die Verwaltung nach Alternativen gesucht. Dabei seien Herr Denis Clauer und Frau Ulrike Weil fündig geworden und zwar nicht irgendwo, sondern mitten im Herzen der Stadt. In der Schlossgalerie solle in den kommenden Monaten auf fast doppelter Fläche eine neue Bücherei entstehen.

Beigeordneter Clauer teilt mit, er hätte mit Frau Weil mehrere Gespräche geführt, um die Bücherei verbessern zu können. Dabei hätte sich herausgestellt, dass der aktuelle Standort an seine Grenzen gekommen sei. Daher sei ein Umzug notwendig. Da die Schlossgalerie zentral sei, sei dieser Standort optimal. Für das Jahr 2024 seien im Haushalt Mittel in Höhe von 250.000 € und für das Jahr 2025 Mittel in Höhe von 180.000 € eingeplant worden.

Sodann stellt Herr Arnold anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) die Mietflächen und einen Überblick über die baulichen Maßnahmen vor.

Frau Weil stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 2 zur Niederschrift) das Zukunftskonzept der Stadtbücherei vor.

Beigeordneter Clauer fügt hinzu, mit dem Umzug und dem neuen Zukunftskonzept würden keine Stellen reduziert. Eine Medienpädagogische Fachkraft solle für den Stellenplan beantragt werden.

Ratsmitglied Eyrisch zeigt auf, wer Frau Weil kenne, wüsste, dass sie für die Stadtbücherei lebe. Mit dem vorgestellten Konzept würde man den Rahmen für eine großartige Arbeit bilden. Der Umzug sei nicht nur gut für die Stadtbücherei, sondern auch für die Innenstadt.

Ratsmitglied Tilly bedankt sich bei Herrn Arnold, Frau Weil und den Vermietern der Räumlichkeiten, denn die Präsentationen und das Konzept seien zukunftsfähig. Er zeigt auf, in Ludwigshafen sei weiterhin ein sogenannter "Makerspace" vorhanden. Auch könnte eine Gastronomie in die Stadtbücherei integriert werden.

Beigeordneter Clauer führt aus, ein Makerspace sei im Dynamiken geplant.

zu 2 **Berichterstattung Gemeindeschwestern Plus**

Der Vorsitzende führt aus, in Pirmasens würden viele Senioren leben. Diese hätten Pirmasens in der Vergangenheit aufgebaut. Sie seien aber auch ein aktiver Teil der Stadtgesellschaft in der Gegenwart. Vielfach seien es die Senioren, die in Familie, Ehrenamt und Gesellschaft die positiven Entwicklungen vorantreiben. Die Stadt hätten den Senioren viel zu verdanken.

Pirmasens kümmere sich allerdings sehr gut und herzlich um seine Senioren. Kaum in einer anderen Stadt gebe es ein so reichhaltiges Angebot für Senioren wie in Pirmasens. Beispielsweise das Seniorenbüro, Haus Meinberg, Seniorenprogramm, Seniorentreffs in den Vororten, Seniorenbeirat, Seniorenbegleiter, Seniorennetzwerk 60plus, Quartiersbüros "Mittendrin", "P11", "Horebtreff" und "Vereint im Schachen".

Seit einiger Zeit auch das besondere Angebot "Gemeindeschwester Plus". Hier hätte die Verwaltung zwei ausgezeichnete Kräfte, Frau Melanie Dedetschek sowie Frau Lisa Bieber. Aus dem Stadtrat habe der Wunsch bestanden, dass die Gemeindeschwestern das Programm einmal vorstellen. Deshalb seien in der heutigen Sitzung Frau Bieber und Amtsleiter Herr Rothhaar anwesend.

Herr Rothhaar zeigt auf, seit Oktober 2022 sei Frau Melanie Dedetschek die Gemeindeschwester in Pirmasens. Allerdings hätte man schnell festgestellt, dass eine Person nicht ausreichen würde. Daher würde Frau Dedetschek seit Oktober 2023 von Frau Lisa Bieber unterstützt. Die beiden Gemeindeschwestern seien in der Stadt bekannt. Sie würden beispielsweise an den Seniorennachmittagen teilnehmen und seien regelmäßig in den Quartiersbüros vor Ort. Die Stadt könnte eine weitere Gemeindeschwester einstellen, jedoch sei hierfür keine weitere Förderung vorhanden.

Die Arbeit der Gemeindeschwestern würde von den Seniorinnen und Senioren sehr geschätzt. Dies zeige sich durch den telefonischen Dank. Er spricht sein Lob und Dank für die Arbeit der beiden Gemeindeschwestern aus.

Frau Bieber teilt mit, das Landesprojekt hätte 2015 gestartet. Ziel und Zweck des Landesprogramms sei die Prävention und Gesundheitsförderung in der Seniorenarbeit und die Unterstützung der Selbstständigkeit und ein selbstbestimmtes Leben im ambulanten Umfeld. Die Gemeindeschwestern würden ein freiwilliges und kostenloses Beratungs- und Unterstützungsangebot anbieten. Im Mittelpunkt stünden die Hausbesuche bei den Seniorinnen und Senioren. Wichtig zu erwähnen sei allerdings, dass die Gemeindeschwestern keine pflegerischen oder medizinischen Tätigkeiten ausüben.

Zum Aufgabenfeld gehöre die Beratung telefonisch, zu Hause oder in den Sprechstunden. Weitere Aufgabenbereiche seien die Netzwerkarbeit, die Organisation von Veranstaltungen und Projekten, die administrative Arbeit beziehungsweise Dokumentation, die Öffentlichkeitsarbeit und vieles mehr.

Zum jetzigen Zeitpunkt seien auch weitere Projekte in Planung. Zum Beispiel solle eine Arbeitsgruppe am Wedebrunnen gegründet werden. Außerdem sollen seniorenfreundliche Wanderwege eröffnet und ein ehrenamtlicher Einkaufsfahrservice eingeführt werden. Im Juli solle eine Aktionsveranstaltung "Migration Mittagstisch Demenz" stattfinden. Gemeinsam mit dem Seniorenbüro sollen monatliche Veranstaltungen im Haus Meinberg angeboten werden.

Bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit hätten beide die Seniorentreffs sowie den Seniorenbeirat besucht und hätten sich dort vorgestellt. Auch würden alle Termine in den Zeitungen, im Seniorenprogramm sowie der Pirmasenser Orts-App veröffentlicht. Weiterhin seien Interviews geführt und Flyer verteilt worden. Ebenfalls hätten sich die Gemeindeschwestern bei den Netzwerkpartnern vorgestellt. Das Ziel sei es durch die Arbeit nah an den Zielpersonen zu sein.

Ratsmitglied Wink bedankt sich für die Vorstellung des Programms. Leider hätten sich die Krankenkassen etwas aus diesem Programm ausgeklinkt. Jedoch sei dies eine wichtige Arbeit für die Stadt.

Frau Bieber erklärt, das sei ein Problem der Kassenärztliche Vereinigung sowie der Politik. Die ambulante sowie stationäre Pflege sei sehr schwierig.

Ratsmitglied Hussong bedankt sich für die Vorstellung. Hiermit sei die Problemlage von den Seniorinnen und Senioren eröffnet worden. Er fragt an, wie die Zusammenarbeit in den Quartieren sei. Gegebenenfalls könnten ehrenamtliche Helfer unterstützen.

Herr Rothhaar führt aus, auf diesem Weg sei die Verwaltung bereits. Im Quartiersbüro P11 seien bereits ehrenamtliche Helfer tätig. Da dies eine intensive Arbeit sei und der Bedarf immer größer würde, würden mehr ehrenamtliche Helfer eingebunden.

Nachdem es keine weiteren Fragen gibt bedankt sich der Vorsitzende und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

zu 3 Vergabeermächtigungen

zu 3.1 Städtische Sporthalle Turnstraße Erteilung einer Vergabeermächtigung Vorlage: 1795/II/65/2024

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 04.01.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Der Kostenvoranschlag auf Grundlage der Kostenberechnung (Stand Januar 2024) zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt)-Kostenschätzung auf insgesamt

12.145.000.- € (brutto)

wird festgestellt.

Der Durchführung der Maßnahme wird vorbehaltlich der Bewilligung des Zuwendungsantrages (Städtebauförderung 90 % der förderfähigen Kosten) in der dargelegten Form sowie der Haushaltsgenehmigung zugestimmt.

2. Der Bürgermeister als zuständiger Dezernent für den Bereich Kommunales Bauen, wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal **500.000 €** die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Verrechnung: 5117030014 „LZ Innenstadt – Städtische Turnhalle Turnstraße“

**zu 3.2 Kindergarten Gersbach, Erneuerung der Fenster und Deckensanierung
Erteilung der Vergabeermächtigung
Vorlage: 1811/II/69/2024**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 15.02.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Der Erneuerung der Fensterelemente sowie der Sanierung der Decken, inkl. Verputz- und Malerarbeiten am Kindergarten Gersbach, Kindergartenstraße 4 in 66954 Pirmasens wird zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt)-Kostenschätzung auf insgesamt

269.245 € brutto

festgestellt.

2. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal **53.849 € brutto** (20%) die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Verrechnung: 114100.5231000 „Gebäudeunterhalt“

**zu 3.3 Käthe-Dassler Realschule plus - Fenster- und Türentausch
Erteilung Vergabeermächtigung Bauteil B
Vorlage: 1813/II/69/2024**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements am 16.02.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Den Fensterbauarbeiten am Bauteil B an der Käthe-Dassler Realschule plus, Kirchbergstraße 41 in 66955 Pirmasens wird zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt)-Kostenschätzung auf insgesamt

880.600 € brutto

festgestellt.

2. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal **176.120 € brutto** (20%) die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Verrechnung: Produktsachkonto 114100.52310000 „Gebäudeunterhalt Schulen“

zu 3.4 Hugo-Ball-Gymnasium Fenster- und Türentausch Bauteil C
Erteilung der Vergabeermächtigung
Vorlage: 1812/II/69/2024

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 15.02.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Den Fensterbauarbeiten und dem Tausch der Außentür am Bauteil C des Hugo-Ball Gymnasium, Lemberger Straße 89 in 66955 Pirmasens wird zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt)-Kostenschätzung auf insgesamt

386.750,00 € brutto

festgestellt.

2. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal **77.350,00 € brutto** (20%) die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Verrechnung: 2170000009 Sanierung Hugo-Ball-Gymnasium

zu 4 Zustimmung zur Teilnahme am Landesprogramm "Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (PEK-RP)"
Vorlage: 1810/II/20.2/2024

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 14.02.2024.

Er fügt hinzu, für Pirmasens sei heute ein wichtiger Tag. Die Stadt beschließe heute über die Teilnahme an der "Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz", kurz PEK.

Hinter dem sperrigen Begriff verberge sich ein enormer Erfolg der jahrelangen Arbeit der Stadt. Hier seien auch die Vorgänger der Stadtspitze Dr. Bernhard Matheis und Michael Schieler, die kommunale Familie in Rheinland-Pfalz, der Stadtrat und alle weiteren Beteiligten gemeint. Das Land übernehme einen Großteil der Schulden von Pirmasens, genauer gesagt rund 294 Mio. €, also fast 86% der vorhandenen Schulden.

Das seien tolle Neuigkeiten, denn die Zinsen dieses Schuldenberges hätten die Stadt sonst finanziell erdrückt. Der PEK sei allerdings kein Geschenk des Landes, sondern eine Wiedergutmachung für eine Jahrzehnte währende Unterfinanzierung der Stadt durch das Land.

Der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz habe die Rechtslage 2020 eingeordnet und der Klage der Stadt stattgegeben, denn das Land sei verantwortlich für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen. Es hätte aber Städte wie Pirmasens nicht wie gesetzlich vorgesehen auskömmlich finanziert, sondern strukturell unterfinanziert. Die Kommunen hät-

ten unverschuldet hohe Schulden aufbauen müssen. Diese würden jetzt zumindest teilweise vom Land übernommen.

Die Übernahme der Altschulden sei einer von zwei notwendigen Schritten. Zum einen ein neuer – auskömmlicher - Finanzausgleich und zum anderen die Übernahme der Altschulden.

Der zweite Punkt könne seines Erachtens mit dem PEK weitgehend abgehakt werden. Für diesen Schritt danke er dem Land, auch wenn er nicht wirklich freiwillig erfolgt sei. Leider habe das Land Punkt 1 aber noch nicht abschließend gelöst. Zwar gebe es einen neuen, gerechteren kommunalen Finanzausgleich, dieser sei aber leider nach wie vor nicht auskömmlich.

Immer mehr Kommunen seien nach wie vor finanziell unter Wasser. Man erlebe das am Pirmasenser Haushalt, der 2023 einmal in 30 Jahren ausgeglichen, in 2024 aber schon wieder mit fast 14 Mio. € im Defizit gewesen sei. Dies sei bei vielen Städten und den meisten Landkreisen der Fall.

Ursächlich dafür sei nicht die Systematik des Finanzausgleichs, sondern der Umfang. Statt mehr Geld an die Kommunen zu geben, seien die Mittel lediglich zwischen den Kommunen umgeschichtet worden. Wenn es aber insgesamt nicht reiche, dann löse auch ein gerechteres System nicht das Grundproblem. Wirklich am Ziel sei man daher erst, wenn das Land bei der Verteilung der Mittel mehr Geld in die Ausgleichsmasse gebe, wie zum Beispiel in Hessen.

Trotzdem freue sich die Stadt über den PEK und hoffe darauf, dass das Land die Mittel doch kurzfristig und nachhaltig aufstocken werde, damit nicht erneut ein Schuldenberg aufgebaut werde. Der Rest der Altschulden müsse in 30 Jahren getilgt sein. Das wäre auch für das Land eine große Chance. Erst dann seien die finanziellen Probleme ganz gelöst und der Streit um die Kommunalfinanzen würde beendet.

Bürgermeister Maas stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) die Partnerschaft für die Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz vor.

Ratsmitglied Eyrisch verliest die Stellungnahme der Stadtratsfraktion CDU.

“Sehr geehrte Damen und Herren,

heute ist für unsere Stadt wirklich ein großer Tag. Wir verlieren auf einen Schlag 294 Mio. € der insgesamt bestehenden 343 Mio. Euro an Kassenkrediten. Das entspricht satten 86 Prozent. Und ja, das ist ein gutes Zeichen für uns und unsere Stadt.

Wahr ist aber auch, dass diese Kassenkredite nicht ursächlich von der Stadt Pirmasens oder ihren Bürgern verursacht wurden.

Nochmal zur Erinnerung: Land und Bund erlassen Gesetze und Verordnungen, zu deren Umsetzung und Anwendung die Kommunen verpflichtet sind. Das ist im Grunde auch völlig okay. Nicht okay ist allerdings, dass Land und Bund die Kosten zur Erledigung dieser Aufgaben nicht ausreichend erstattet. „Wer bestellt bezahlt“ gilt bereits seit Jahrzehnten nicht mehr.

Das heißt wir feiern heute den Umstand, dass das Land seine verursachten Schulden zu 86 Prozent übernimmt. Meine Freude hält sich daher merklich in Grenzen. Denn wer übernimmt eigentlich die restlichen 49 Millionen Euro, die an Kassenkrediten bestehen bleiben?

Im Bund gab es hier vor einigen Jahren eine Initiative unseres heutigen Kanzlers Olaf Scholz von der SPD. Dieser stellte in Aussicht, die Restverschuldung der Kommunen mit Bundesmitteln zu tilgen. Das hätte bedeutet, dass reichere Bundesländer für die Schulden der ärmeren eintreten sollten. Dagegen wehrten sich die Bundesländer, die ihre Kommunen bereits seit Jahren beim Abbau der Schulden und bei der Konsolidierung der Haushalte unterstützten. Sie wollten nicht die Zeche der Bundesländer mittragen, die Jahre- und jahrzehntelang finanzpolitisch schlicht gepennt haben. Auch die CDU im Bund lehnte den Vorstoß mit Verweis auf die fehlende Nachhaltigkeit ab. Denn nur, wenn auch die zukünftige Mittelverteilung solide und fair aufgestellt ist, wird die Schuldenspirale der Kommunen gestoppt.

Nun leben wir leider in einem der Länder, deren Landesregierung finanzpolitisch nicht die hellste Kerze auf der Torte ist. Es bleibt also die Frage: Wer zahlt die restlichen 49 Millionen Euro unserer Kassenkredite, die das Land durch schlechtes Finanzmanagement verursacht hat?

Die Antwort der Landesampel scheint hier einfach:

Im Rahmen der Partnerschaft, zu der wir uns heute bekennen sollen, werden die Stadt und damit ihre Bürger dazu verpflichtet, die Restsumme selbst zu tilgen. 30 Jahre haben wir dafür Zeit. Außerdem haben wir Sorge dafür zu tragen, künftig keine weiteren Schulden mehr aufzubauen.

Und genau hier setzt meine Kritik – um nicht zu sagen mein Ärger – an. Denn die allen voran von der Stadt Pirmasens vor Gericht erstrittene Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs, für die sich das Land noch jüngst hat feiern lassen, hält mit Nichten das, was sie versprochen hat. Das werden wir später bei der Betrachtung unseres Haushalts 2024 noch näher sehen und erleben können.

Noch immer herrscht beim Verhältnis der zu erledigenden Aufgaben und der dafür erstatteten Mittel ein fettes Delta. Noch immer sind wir weit von der Einhaltung des so genannten Konnexitätsprinzips entfernt. Das heißt, dass unsere Ausgaben, vor allem im Sozialetat, immer noch deutlich die Einnahmen übersteigen.

Die Partnerschaft zur Entschuldung verpflichtet uns nun dazu, künftig für einen ausgeglichenen Haushalt zu sorgen. Dafür bleiben zwei Möglichkeiten: Entweder wir reduzieren unsere Ausgaben, oder wir erhöhen unsere Einnahmen. Zieht man in Betracht, dass 98% unseres Haushalts aus Pflichtaufgaben besteht, bleibt auf der Ausgabenseite kein Spielraum zur Haushaltskonsolidierung.

Und da wir über den Kommunalen Finanzausgleich keine weitere Einnahmenerhöhung erwarten können, hat die Landesampel eine schlichte Antwort zur Frage der Einnahmenerhöhung: Die Städte und Gemeinden sollen ihre Bürgerinnen und Bürger mit der Erhöhung von Steuern und Abgaben bis an die so genannte Erdrosselungsgrenze heranführen. Die Pirmasenserinnen und Pirmasenser sollen also die Zeche für das finanzpolitische Unvermögen der Landesregierung zahlen.

Das Land wird uns also zwingen, Realsteuern wie die Grundsteuer oder auch die Gewerbesteuer immer wieder so weit zu erhöhen, bis es uns und unserer Stadt förmlich fast die Luft zum Atmen nimmt. Das ist mal ne Ansage!

Warum stimmen wir als CDU-Fraktion nun heute trotzdem der Teilnahme an der ungleichen Partnerschaft zu? Nun, weil eine Ablehnung schlicht noch negativere Auswirkungen für unsere Bürger hätte, als ein Beitritt.

Lehnen wir die Teilnahme am PEK-RP ab, bleiben unsere Schulden bei 343 Millionen Euro stehen. Und unsere Bürgerinnen und Bürger werden beim aktuellen Zinsniveau mit weiter steigenden Kosten und Belastungen konfrontiert.

Wir signalisieren Bereitschaft, einen weiteren Beitrag zu leisten. Doch der gemeinsame Weg – und das ist unsere klare Forderung – muss endlich wirklich auf Augenhöhe sein. Das Land muss sich endlich wirklich an die Seite der Kommunen stellen und beim Kommunalen Finanzausgleich deutlich nachbessern – wenn nicht, müssen wir als Stadt erneut den Klageweg beschreiten und auch gegen den vermeintlich verbesserten Kommunalen Finanzausgleich klagen.“

Ratsmitglied Tilly zeigt auf, es sei richtig, dass nicht alle Schulden übernommen würden, jedoch sei dies ein erster guter und richtiger Schritt. Die übrigen Schulden sollten aber nicht nur durch das Land übernommen werden, sondern auch vom Bund. Daher sollten alle Fraktionen an einem Strang ziehen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommt der Vorsitzende zur Abstimmung.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat stimmt der Teilnahme am Programm PEK-RP gemäß dem beigefügten Vertragsangebot zu.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Vertrag zur Teilnahme (siehe Anlage 4 zur Niederschrift) und den Vertrag zur Schuldenübernahme abzuschließen.

zu 5 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen **Vorlage: 1803/II/20.1/2024**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 25.01.2024.

Er schlägt vor, eine Redezeitbegrenzung auf 15 Minuten festzulegen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Begrenzung der Redezeit auf 15 Minuten.

Der Vorsitzende verliest die Haushaltsrede:

“Sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushaltsplanentwurf 2024 wurde am 11.12.2023 im Stadtrat eingebracht und in zwei Sitzungen des Hauptausschusses sowie im Kultur-, Jugendhilfe-, Schulträger-, und Sportausschuss ausführlich beraten. Die Ausschüsse haben dem Haushalt zugestimmt.

In einer gemeinsamen Sitzung aller Ortsbeiräte am 16.01.2024 wurde über die Haushaltssatzung und die jeweiligen Ansätze des Haushaltsplanes informiert.

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und allen Anlagen hat in der Zeit vom 08.01. bis 22.01.2024 zur Einsichtnahme ausgelegen. Es waren keine Rückmeldungen zu verzeichnen.

Die Aufsichtsräte des Städtischen Krankenhauses, der Stadtwerke, der Bauhilfe, der SEP sowie des Werksausschusses des Wirtschafts- und Servicebetriebes haben den Wirtschaftsplan 2024 zugestimmt.

Zunächst möchte ich Sie noch auf eine Änderung in der Haushaltsplanung gegenüber der Ursprungsplanung hinweisen. Am 15.01.2024 wurde im Hauptausschuss der Kostenvorschlag der Städtischen Sporthalle in der Turnhalle beraten und zur abschließenden Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen (in heutiger Sitzung TOP 5). Die Gesamtkosten wurden auf rd. 12,2 Mio. Euro festgestellt. Bei Aufstellung des Haushaltsplanes sind wir noch von Kosten in Höhe von rd. 10,2 Mio. Euro ausgegangen. Die Kostenmehrung von rd. 2,0 Mio. Euro resultiert aus einer jährlichen Preissteigerung von rd. 5 %. Die Änderung wurde im Haushaltsplan 2024 aufgenommen (siehe Seite 82 im Haushaltsplan). Für das Druckexemplar haben Sie mit ihrer Einladung die jeweiligen Austauschseiten erhalten. Die überarbeitete und korrigierte Version steht Ihnen auch über das Ratsinformationssystem zur Verfügung.

Der Haushalt 2024 schließt im Ergebnishaushalt mit einem **Fehlbetrag von 13,8 Mio. Euro** ab. Die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 510 auf 570 v. H. ist darin bereits berücksichtigt.

Gestatten Sie mir eine Anmerkung zu der Anhebung der Grundsteuer B auf 570 Punkte. Wie Sie wissen entspricht diese Anhebung nicht meiner persönlichen Überzeugung. Das Land zwingt uns vielmehr zu diesem Schritt.

Aufgrund der mangelnden Finanzausstattung durch das Land ist Pirmasens nämlich weiterhin in einer finanziellen Notlage. Ein Problem, das längst nicht mehr nur Pirmasens betrifft, sondern immer mehr Kommunen im ganzen Land.

Da wir ansonsten anerkanntermaßen alle möglichen Einnahme- und Sparpotenziale ausgeschöpft haben, verbleibt zur Milderung des Problems nur noch eine Steuererhöhung. Die Kommunalaufsicht sieht bei der Grundsteuer einen Hebesatz von bis zu 995 % als angemessene Größe. Hier beginne erst die sogenannte „Erdrösselungsgrenze“.

Damit wird den Grundstückseigentümern sehr bildhaft die Last der verfehlten Finanzpolitik des Landes aufgebürdet. Wären die Kommunen finanziell besser ausgestattet, würde es dieser Steuererhöhungen gar nicht bedürfen. Daher bleibe ich bei der Meinung, dass die erzwungene Erhöhung der Realsteuerhebesätze die bisherige positive Entwicklung der Stadt und alles was geleistet worden ist, konterkariert.

Dabei ist die Lösung des Problems der kommunalen Haushalte zum Greifen nahe. Sie liegt auf dem Tisch und jeder, der sich mit dem Thema befasst, weiß das auch. Das Land, das alleine im vergangenen Jahr knapp eine Milliarde Euro Überschuss erzielt hat, muss einen Teil seiner Mittel den Kommunen zuweisen. Entweder über den kommunalen Finanzausgleich. Oder durch höhere allgemeine Zuweisungen.

Dies wäre nach dem neuen Finanzausgleich und der Übernahme der Altschulden der letzte konsequente ab er unverzichtbare Schritt. Ich wünsche, wir Städte müssten nicht erst wieder die Gerichte bemühen, um das Land vom Offensichtlichen zu überzeugen. Wie schön wäre es doch für beide Seiten, wenn wir den traurigen Streit um die kommunalen Finanzen endlich beenden könnten.

Wie bereits in meiner Rede zur Einbringung des Haushaltes ausführlich erläutert, haben wir enorme Einbrüche bei den **Schlüsselzuweisungen von rd. 4,9 Mio. Euro** zu verkraften. Der Wegfall der **Zuweisungen aus dem Kommunalen Entschuldungsfonds in Höhe von 6,5 Mio. Euro** und die **Reduzierung der Zuweisung für den Zinssicherungsschirm von rd. 0,9 Mio. Euro** haben eine weitere große Lücke in unsere Planung gerissen.

Durch die von uns angestrebte Teilnahme am **Entschuldungsprogramm PEK** wird der Stadt zwar ein großes Volumen an Liquiditätskrediten von rd. 294 Mio. Euro abgenommen, jedoch besteht gleichzeitig die Verpflichtung, den verbleibenden Bestand der Kredite über die kommenden 30 Jahre zu tilgen. Die **Tilgungsleistungen** müssen im Haushalt dargestellt werden und erhöhen das Defizit um **rd. 2,1 Mio. Euro**.

Doch nicht nur verminderte Zuweisungen, auch steigende Ausgaben in verschiedenen Bereichen, die nicht unserer Steuerung unterliegen, belasten den Haushalt der Stadt stark. Aufgrund der hohen Tarifabschlüsse im Beschäftigungsbereich und der zu erwartenden Anpassungen im Beamtenbereich **steigen die Personalkosten** in der Verwaltung einschließlich des Wirtschafts- und Servicebetriebs um **rd. 5,2 Mio. Euro** an.

Insgesamt bereitet mir die **Entwicklung des gesamten Sozial Etats** große Sorgen. Ich habe Ihnen das Schaubild in den letzten Jahren regelmäßig vorgestellt und Sie kennen das Problem bereits. Die ungedeckten Kosten im Sozialhaushalt liegen im Jahr 2024 wieder um 5,5 Mio € höher, auf 28,8 Mio. Euro! Der neue Finanzausgleich hat an der chronischen Unterfinanzierung dieser Aufgaben durch das Land also leider nichts geändert!

Alleine die jetzt aufgeführten Beispiele für Einnahmeverluste bzw. Ausgabensteigerungen betragen insgesamt rd. 25,1 Mio. Euro. An dieser Stelle möchte ich nochmals betonen: Auf diese Verschlechterungen haben wir seitens der Stadtspitze und des Stadtrates keinen Einfluss! – sie unterliegen nicht unserer Steuerung.

Dennoch ist es uns gelungen, die Verschlechterungen vom Jahr 2023 nach 2024 in Höhe von 25,1 Mio. Euro aus eigener Kraft und unter größtmöglicher Anstrengung um mehr als 11,3 Mio. Euro auf 13,8 Mio. Euro zu reduzieren!

Ich komme nun zu den **Investitionen**:

Insgesamt werden wir im Haushaltsjahr 2024 voraussichtlich rd. **19,8 Mio. Euro investieren**. Zur Finanzierung dieser Investitionen werden Kreditaufnahmen von 8,6 Mio. Euro erforderlich sein. Diesen steht eine laufende Kredittilgung von 5,7 Mio. Euro gegenüber. Somit beträgt die Nettoneuverschuldung 2,9 Mio. Euro.

Trotz unserer schwierigen Haushaltssituation versuchen wir, sowohl im Ergebnishaushalt als auch bei den Investitionen unsere **Schwerpunkte vorwiegend im Bereich Jugend und Bildung** zu setzen. Das ist mir ein besonderes Anliegen. Hierfür haben wir in diesem Jahr rd. 10,1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Folgende größeren Sanierungsmaßnahmen im Bereich Jugend und Bildung sind vorgesehen:

- Neuer Ansatz von 1,1 Mio. Euro für den **Umbau von Fachsälen im Immanuel-Kant-Gymnasium**. Die Gesamtkosten betragen rd. 2,3 Mio. Euro.
- Fortsetzung der **energetischen Sanierungen im Hugo-Ball-Gymnasium**. Ansatz 1,0 Mio. Euro.
- Fortsetzung der **Brandschutzsanierungen im Leibniz-Gymnasium**. Hierfür sind rd. 650.000 Euro vorgesehen.
- Planungsansätze von 150.000 Euro für die **Brandschutzsanierung der Käthe-Dassler-Realschule plus und der Grundschule Wittelsbach**.

- Für **alle Schulen** stehen Mittel für die **Einrichtung** von insgesamt 900.000 Euro zur Verfügung.
- Neubau einer **städtischen Turnhalle in der Turnstraße**.
mit einem Ansatz von 3,7 Mio. Euro
- und ein **Neues Jugendhaus** in der Joßstraße. Hier ist ein Ansatz i.H.v. 2,6 Mio. Euro geplant.

Einen weiteren Schwerpunkt stellen die **Straßenbauprojekte** dar, wofür Mittel in Höhe von rd. 5,7 Mio. Euro fließen sollen. Das Ausbauprogramm mit den wiederkehrenden Beiträgen weist eine Erfolgsbilanz von bislang 137 ausgebauten Straßen mit einem Investitionsvolumen von rd. 56,1 Mio. Euro aus.

Zum Schutz von Personen und Sachgütern im ganzen Stadtgebiet wurden rd. 1,0 Mio. Euro für die Anschaffung von **städtischen Feuerwehrfahrzeugen** im Haushalt eingeplant.

Des Weiteren werden für den **Erwerb von strategisch wichtigen Grundstücken**, insbesondere Gewerbegrundstücken, rd. 1,0 Mio. Euro im Haushalt zur Verfügung gestellt.

Zum Schluss noch folgende Feststellung:
Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie uns nun zu Ihren Haushaltsreden kommen und anschließend zusammen über den Haushalt 2024 abstimmen.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit!“

Sodann verliest Ratsmitglied Eyrisch die Haushaltsrede:

“Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist nun ziemlich genau ein Jahr vergangen, seit wir verkünden konnten, dass wir nach Jahrzehnten zum ersten Mal einen ausgeglichenen Haushalt erreicht haben. Doch bereits damals waren wir nur verhalten optimistisch, um nicht zu sagen skeptisch, dass das ausgeglichene Ergebnis von langer Dauer sein wird. Und heute – nur zwölf Monate später wissen wir, dass unser Haushalt wieder ein Minus von 13,8 Millionen Euro aufweist und wir erneut gezwungen werden, die Lasten für unsere Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich unser Ergebnis sogar um rund 20 Millionen Euro verschlechtert. Ursächlich hierfür sind der Wegfall der KEF-Mittel und des Zinssicherungsschirms, die Reduktion von Schlüsselzuweisungen, die gestiegenen Zinsen für Investitions- und Liquiditätskredite, allgemein gestiegene Sozialausgaben und zuletzt die im Rahmen der Tarifierhöhungen gestiegenen Personalkosten.

Wenn man verstehen möchte, was beim Haushalt schief läuft, dem sei ein Blick in den Sozialetat empfohlen. Vergleicht man 2023 mit heute, so haben sich die durch Bundes- und Landesgesetze erforderlichen Ausgaben von 88 auf 100 und damit rund 12 Millionen Euro erhöht. Die Einnahmen allerdings nur um rund 7,6 Millionen Euro. D.h. der Fehlbedarf allein in diesem Bereich ist von 2023 auf 2024 um weitere 8,5 Millionen auf rund 28,8 Millionen Euro pro Jahr gestiegen. 28,8 Millionen Euro, die wir an anderer Stelle im Haushalt aufbringen müssen, um Gesetze vom Bund und Land zu refinanzieren. 28,8

Millionen Euro, die uns an anderer Stelle z.B. für Investitionen in die Zukunftsfähigkeit oder Attraktivität unserer Stadt schlicht fehlen. Versteht das Land das unter Konnexität?

Doch der von der Verwaltung ausgearbeitete Haushaltsentwurf beweist, dass wir in Pirmasens groß darin sind, aus schwierigen Situationen viel zu machen. Vor allem die geplanten Investitionen im Bereich Jugend und Bildung verdienen hier Erwähnung.

Der Umbau der alten Paketpost zum neuen Jugendhaus, der Umzug der Stadtbücherei in eine zentrale Immobilie der Innenstadt, der Neubau zweier städtischer Kitas, die Sanierung und Modernisierung des Kant-, Leibniz- und Hugo-Ball-Gymnasiums sowie der Käthe-Dassler-Realschule Plus, die energetische Modernisierung der Kita Gersbach, der Neubau einer neuen städtischen Turn- und Sporthalle und die brandschutzrechtliche Modernisierung der Wasgauhalle sind zukunftsweisende Maßnahmen, die zwar eigentlich selbstverständlich sein sollten, für eine Stadt in Rheinland-Pfalz mit den dortigen Gegebenheiten der finanziellen Ausstattung jedoch ein wahrer Kraftakt darstellen.

Ähnlich verhält es sich mit den Investitionen im Bereich städtischer Infrastruktur. Trotz mangelnder Finanzmittel halten wir unsere Straßen und unser Kanalsystem in Schuss, investieren in Hochwasserschutzkonzepte, in die Neugestaltung unserer Fußgängerzone als dem Wohnzimmer unserer Stadt und finden Partner, die unsere Stadt flächendeckend mit schnellem Internet versorgen werden.

Auch unsere städtischen Töchter spielen eine entscheidende Rolle in der Erhaltung der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Die Bauhilfe sorgt mit klugen Investitionen dafür, dass wir wieder mehr energetisch und baulich guten Wohnraum in der Stadt haben, der auch bezahlbar bleibt. Das Städtische Krankenhaus sorgt mit seinem MVZ dafür, dass die ärztliche Versorgung einer ganzen Region sowohl im stationären aber auch im ambulanten Bereich bestehen bleibt und die Stadtwerke Pirmasens sorgen mit der Übernahme der Aufgabe zur kommunalen Wärmeplanung dafür, dass wir für die geforderte Energiewende gewappnet sind.

Doch nahezu all die im Haushalt beinhalteten Maßnahmen sind Pflichtaufgaben. Für die gerade in unserer strukturschwachen Region erforderliche Stadtentwicklung, für Kultur, Freizeit und Sport bleibt in Pirmasens fast nichts übrig.

Letzte Woche hat die Kulturdezernentin unserer Landeshauptstadt froh verkündet, dass die Stadt Mainz nun Mittel im Haushalt bereitstellt, um die letzten kleinen Programmkinos der Stadt zu retten. Hierzu mietet sie die geschlossenen Räumlichkeiten an und vermietet sie günstig an professionelle Betreiber. Grundsätzlich eine tolle Sache für die Mainzer Bürger mit ihren Einnahmen von Biontech, die uns Pirmasensern jedoch versagt bleibt. In der strukturschwachen Südwestpfalz, die seit mehr als 40 Jahren um eine vierspurige Bundesstraße kämpfen muss, jedoch schlicht undenkbar.

Für solche Spielereien haben wir in Pirmasens schlicht keinen Spielraum. Betrachtet man die Ausgaben der letzten Jahre und Jahrzehnte im freiwilligen Bereich, fällt auf, dass wir ohne private und gesellschaftliche Gönner und ohne ein Höchstmaß an Kreativität der Verwaltung kaum eine Maßnahme zur Attraktivierung in der Stadt hätten umsetzen können. Das trifft für die Alte Post, die Umgestaltung des Bahnhofs, die Jugendherberge, das Dynamikum und vieles mehr zu.

Oder um es etwas krasser zu formulieren: Die finanzielle Situation in unserer Stadt ist so desolat, dass wir ohne zu betteln keine Stadtentwicklung betreiben können. Ohne Rheinberger, Theysohn, die Serviceclubs und viele weitere private Investoren und Förderer sähe das Leben in unserer Stadt deutlich anders – deutlich schlechter – aus.

Und diese Situation ist politisch betrachtet schlicht unwürdig und erbärmlich! Es ist unwürdig, dass wir auch aufgrund der jahrelangen schlechten Finanzausstattung gezwungen sind, betteln zu gehen um unsere Stadt nach vorne zu bringen.

Und welche Lösung hat unsere Opposition hier im Stadtrat für dieses Problem? Einfach noch mehr betteln! Das hat auch einer der jüngsten Anträge bzgl. der Möglichkeiten des Crowdfunding gezeigt. Sicher lassen sich einzelne kleinere Maßnahmen durch Spendenakquise umsetzen, aber das ändert doch null und nichts an unserem Kernproblem, nämlich, dass uns das Land finanziell schlicht hängen lässt. Ohne eine wirklich faire Finanzausstattung der Kommunen ist dies alles nur Flickschusterei und selbst die Partnerschaft der Entschuldung der Kommunen ändert daran wenig, wie beim Tagesordnungspunkt zuvor bereits dargelegt.

Wie sollen wir unsere Stadt bei der aktuellen Finanzausstattung fit für die Zukunft machen, die Herausforderungen der Migration bewältigen und dafür Sorge tragen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger im Bundesvergleich nicht abgehängt werden – oder abgehängt bleiben?

Es braucht dringend eine Nacharbeit bei der Nacharbeit. Die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs ist – auch wenn sie unsere Lage verbessert hat – noch längst nicht da, wo sie sein muss.

Wir stimmen dem vorgelegten Haushaltsentwurf zu – auch wenn wir wegen der darin erhaltenen Erhöhung der Grundsteuer alles andere als glücklich sind. Doch mit diesem Schritt wollen wir signalisieren, dass wir als Stadt bereit sind, unseren Teil zur Haushaltskonsolidierung beizutragen. Gleichwohl werden wir nicht akzeptieren, dass das Land seine Aufgaben nicht macht. Wir fordern, bei der Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs nachzubessern und uns wirklich in die Lage zu versetzen, nachhaltige kommunale Politik für unsere Bürgerinnen und Bürger zu machen, ohne auf Gönner und Förderer angewiesen zu sein.

Danke an die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr. Sie tragen den ganzen Aufwand, die hinter den vorgestellten Zahlen steckt. Sie bearbeiten viele wichtige Projekte und Maßnahmen parallel und erhalten nicht immer den dafür gebührenden Dank. Herzlichen Dank auch an Frau Brandt und ihr Team für die Aufbereitung der Zahlen und die Präsentation der Details in den Gremien.

Ratsmitglied Wink verliest die Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir reden heute, nach einem Jahr, erneut über den Haushalt unserer Stadt. Und ich darf zu Beginn ein Lob an die Verwaltung aussprechen. Ein Lob dafür, dass die Stadt trotz den Gegebenheiten gute Leistungen in der Finanzpolitik leistet. Und natürlich darf man sagen, dass auch wir als FDP-Fraktion uns wünschen, dass die neu aufgestellten Bedarfsrechnungen des KFA für die Stadt Pirmasens erneut betrachtet werden.

Auch unterstützen wir vollkommen die Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge. Der Verwaltungsaufwand für Kommunen wird dadurch verringert und die Überführung von Bargeld in Herkunftsländer, wird so gut wie möglich unterbunden. Hier streben wir einen gemeinsamen Weg mit Land und Kommune an, weil die Höhe der Bargeldfunktion und weitere Funktionen jedes Land selbst bestimmt. Das Vergabeverfahren läuft zurzeit noch.

Bitte erlauben Sie, mir dennoch einige Punkte zu nennen, welche wir als Stadt umsetzen können, um Investitionen in die Zukunft und die Aufwertung der Stadt als Lebensmittelpunkt und Anlaufpunkt weiter zu stärken.

Erstens

Die gesundheitliche und medizinische Versorgung.

Zuerst möchte ich der Stadt dafür danken, dass auch sie sich der Kooperation mit Pecs angeschlossen hat, um Medizinstudenten langfristig an die Stadt zu binden.

Aber ich selbst bin nach wie vor der Meinung, dass unser Städtisches Krankenhaus ein Lehrkrankenhaus werden sollte. Dafür stehe ich und das sollte unser Anspruch sein. Eine Aus- und Fortbildung in der Fläche, trägt den Klebeeffekt mit sich und kann dafür sorgen, Menschen nach der Aus- oder Fortbildung an die Stadt zu binden.

Wir alle kennen die externen Faktoren, welche die Krankenhausstrukturen belasten. In der Vergangenheit waren dies die DRG-Finanzierungssysteme. Aber heute haben wir eine große Chance: als Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft.

Wie sind aufgestuft. Aufgestuft vom Regelversorger zu Schwerpunktversorger in der Region Südwestpfalz. Und während Kliniken insolvent gehen oder schließen, wachsen wir und werden größer.

Deshalb müssen wir Ziele definieren. Eine Strategie im Verbund mit einer Zukunftsversion. Herr Forster ist ein analytisch top versierter Geschäftsführer. Ich bitte heute aber um eine Strategie, welche es uns ermöglicht nicht nur an die schwarze Null zu denken, sondern daran zu denken, wie wir uns weiterentwickeln. Um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu binden, um Innovationen zu schaffen und einzubinden, um die Außendarstellung zu verbessern, um die besten Kräfte für Pirmasens zu gewinnen.

Die Menschen in unserer Stadt sollen klar erkennen, dass sie hier gute Medizin vorfinden und wir uns aktiv weiterentwickeln wollen.

Zweitens

Um die Wirtschaft vor Ort zu stärken, wird der qualitative Zuzug und die Gewinnung von neuen Arbeits- und Fachkräften aus dem In- und Ausland für Pirmasens unumgänglich sein. Hierfür bietet unsere Wirtschaftsförderung Beispiele, wie das „Welcome-Netzwerk“ NIPS (Neu In Pirmasens) oder der regionale Arbeitgeber-Check PRO FACHKRAFT Westpfalz. Ich danke an dieser Stelle Mark Schlick, in Vertretung, und wünsche mir zur Aufrechterhaltung der Servicequalität, nicht nur die notwendige digitale Infrastruktur, sondern auch eine adäquate Personal- und Finanzausstattung, um die vorhandenen PS noch besser auf die Straße bringen zu können.

Die Tätigkeit der städtischen Wirtschaftsförderung geht mittlerweile deutlich über die reine Unternehmensbetreuung hinaus. Mittlerweile spielen die Bildung in Verbindung mit der damit einhergehenden Fachkräfteproblematik eine große Rolle.

Unser Wunsch sind neue Ideen, neue Innovation.... aus Pirmasens heraus.

Und zu der Verwirklichung unseres Wunsches haben wir als Stadt auch Möglichkeiten:

Das GRIPS, wenngleich es aktuell noch nicht in wieder in vollem Umfang zur Verfügung steht, ist ein geeignetes Objekt und bietet enormes Potential, um Gründern, unter der Betreuung der Wirtschaftsförderung, einen Platz für Entwicklung zu geben. Das Bedarf vorhanden ist, zeigt hierbei die aktuelle Belegung der vermietbaren Start-Up-Räumlichkeiten. Mit dem GRIPS verfügen wir über einen Platz mit welchem die Gründer, ohne viel Startkapital, ihre Ideen in die Tat umsetzen können. Das GRIPS braucht daher auf der städtischen Sanierungsagenda eine höhere Priorität, um weitere Impulse initiieren zu können.

Und ich möchte sagen: Schaffen wir Angebote, wird die Nachfrage folgen!

Überall explodieren die Mieten und weitere steigende Kosten kommen auf die Jungunternehmer zu. Hier haben wir Vorteile. Lassen Sie uns diese nutzen, um ein Gründermilieu kreieren. Dies ist aber eine Gemeinschaftsaufgabe. Vom Immobilieneigentümer bis hin zum städtischen Amt.

Hierzu ein weiterer Gedanke: Das Amt für Wirtschaftsförderung & Liegenschaften kommt aktuell bereits seiner Aufgabe nach, Immobilien, die für unsere Stadtentwicklung von strategischer Bedeutung sind, anzukaufen. Diese Tätigkeit ist ein enorm wichtiger Einflussfaktor auf die künftige (Wirtschafts-)Entwicklung unserer Stadt. Wenn wir diese Möglichkeiten potenzieren (eventuell mit Förderprogrammen von Land und / oder Bund) wird unsere Stadt noch stärker selbstbestimmt agieren und gestalten können.

Drittens

Um Pirmasens als Lebensmittelpunkt attraktiv zu halten, sind gerade Investitionen im Bereich Klima und Nachhaltigkeit notwendig. Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit bezahlbarer moderner Energie aber auch die Neuausrichtung der Mobilität werden hier Faktoren sein. Als ein wichtiger Bereich ist hier, die kommunale Wärmeplanung und -versorgung zu nennen. Es freut mich außerordentlich, dass die Stadtwerke Pirmasens, den Auftrag für diese in der letzten Stadtratssitzung 2023 erhalten kann.

Weitere wichtige Projekte werden die Umsetzungen des Parkraumkonzeptes, die Radwegekonzepte oder die Neuaufrichtung des ÖPNV und der dauerhafte Erhalt des PLUB sein. Aber auch moderne Konzepte wie das Carsharing, spielen hier eine Rolle.

Deshalb sind die Bestrebungen der Stadtwerke die Energieversorgung zur Klimaneutralität und Dekarbonisierung zu bewegen, absolut zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang darf ich die Schlagwörter der sektorenübergreifenden Energie- und Wärmeversorgung erwähnen. Finanzielle Investitionen werden sich hier in der Zukunft lohnen. Erste Mittel gibt auch das Land pauschal mit 44 EUR pro Einwohner über KIPKI. In der zweiten Säule erhalten Leuchtturmprojekte die Möglichkeit weitere Gelder zur Umsetzung zu erhalten.

Deshalb ist es wichtig, dass wir der Stadtwerke, als Teil des städtischen Konzerns, weiter den Rücken stärken. Herr Dörr hat in mehreren Sitzungen die Strukturen, Strategien und wirtschaftlichen Kennzahlen vorgestellt. Und es wird wichtig sein, dass wir bei all den Themen, die der Konzern bearbeitet, diesem politisch nicht nur eine Zielrichtung und Leitplanken mitgeben, sondern auch vollkommen hinter diesem stehen.

Viertens

Wir benötigen eine strukturierte Zusammenarbeit im Bereich Tourismus. Der Tourismus in der Südwestpfalz zu kleinteilig. Kleinteiliges Denken im Tourismus wird nicht nur viel Geld kosten, es wird auch wenig in die Kassen spülen.

Von daher brauchen wir ein großdenkendes Konzept. Ein Konzept, welches über Grenzen denkt, alle Partner aus DEHOGA und Tourismus einbindet, sowie alle Angebote vernetzt und koppelt. Seien es unsere Pfälzerwaldhütten, unsere Wälder und Wanderwege, unser Dynamikum oder aber auch die Kultur, als wesentlichen Bestandteil eines Tourismuskonzeptes. Lassen Sie die Stadt als Vorreiter agieren. (Siehe Blaumannaktion vom damaligen OB Joseph Krekeler in der alten Post).

Das alles in Verbindung mit einem schlagkräftigen und sichtbaren Stadtmarketing, welches außerstädtisches aber auch innerstädtisches Marketing lebt. Die betrifft dann nicht nur den

Tourismus, die Darstellung unserer medizinischen Leistungen oder unsere Wirtschaftskraft und Liegenschaften, sondern kann unsere Vorzeigeprojekte, wie unsere bekannten Stadtfeste oder Aktionen von anderen lokalen Playern (Beispiele wie Host-town Special Olympics, Länderspiel im Stadion, Reaktivierung des Pavillons im Neuffer durch den Kulturverein, Pfälzerwald Marathon...).

Dies zieht Menschen an und bindet sie in unserer Region.

Sicherlich haben wir Herausforderungen, gerade im Finanzbereich. Aber mit den vorgetragenen Punkten können wir als Stadt eigene Grundsteine legen, welche sich positiv auf unsere Stadt auswirken können.

Danke“

Ratsmitglied Tilly verliest die Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder,

dieses Jahr möchte ich mit Euch und Ihnen über Vertrauen sprechen. Wir sehen und hören es überall, die Politikverdrossenheit nimmt zu, die Unzufriedenheit – ob berechtigt oder unberechtigt – nimmt zu, die politischen Ränder werden immer stärker und immer weniger Menschen sind bereit sich (politisch) zu engagieren. Fragt man die Bürgerinnen und Bürger auf der Straße, ist der Tenor fast immer der gleiche, den Menschen fehlt das Vertrauen, Vertrauen in die Politik, Vertrauen in die Wirtschaft... Deshalb ist es unsere Aufgabe als Stadtrat die Pirmasenserinnen und Pirmasenser wieder mitzunehmen und Vertrauen darin zu schaffen, dass wir die Stadt gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern voranbringen.

Daher werden wir uns gemeinsam anschauen, wo wir bereits auf einem guten Weg sind und wo vielleicht noch Nachholbedarf besteht.

Finanzsituation

Leider hat sich die Situation im Vergleich zum vergangenen Jahr, in dem wir erstmals seit über 30 Jahren einen ausgeglichenen Haushalt verabschieden konnten, wieder verschlechtert und die Stadt muss wieder mit einem Defizit in Millionenhöhe für das kommende Jahr planen. Die Gründe dafür sind vielschichtig, Änderung des kommunalen Finanzausgleichs, Wegfall von Umlagen, gestiegene Lohnkosten... Jedes Jahr kommen unvorhergesehene Kosten – gerade in den Krisenzeiten der vergangenen Jahre – hinzu und andere fallen wieder weg. Was sich aber all die Jahre wie ein roter Faden durch die Finanzlage der Stadt zieht sind die hohen Kosten im Sozialbereich. Hier gilt es gemeinsam mit allen Beteiligten – also den Vertretern von Bund und Land – tragfähige Lösungen zu finden, um auch finanziell vertrauensvoll in die Zukunft schauen zu können. Dabei hilft es meines Erachtens wenig – ich weiß ich wiederhole mich jedes Jahr, aber es ändert sich auch nichts – immer nur auf Konfrontation zu gehen und martialische David gegen Goliath Vergleiche zu posten. Dies führt nur zu einer Verfestigung des „Wir gegen Die“ und stärkt somit nur die politischen Ränder. Nur ein gemeinsamer konstruktiver Kurs schafft langfristig Vertrauen.

Arbeitsmarkt

Nachholbedarf besteht aus unserer Sicht auch was den Arbeitsmarkt in Pirmasens betrifft. Denn all die gute Arbeit, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jobcenter leisten, all die Arbeit, die durch Initiativen zur Förderung des Arbeitsmarktes – wie beispielsweise das Teilhabchancengesetz – gemacht werden, wird durch ein Versäumnis der letzten 30 Jahre konterkariert. Es geht um die hohe Quote an Langzeitarbeitslosen. Man hat es seit 30 Jahren nicht geschafft, Maßnahmen, Konzepte, Programme auf den Weg zu bringen, um diese Situation dauerhaft zu lösen. Zwar gibt es hin und wieder Ansätze, die aber nicht auf Dauer

angelegt sind, sondern eher einem Strohfeuer gleichen. Es verfestigt sich der Eindruck, dass man diese Menschen aufgegeben hat – eine sozialpolitische Bankrotterklärung

Innenstadtentwicklung

Ein Punkt, an dem es immer schwerer fällt Vertrauen in die handelnden Akteure zu haben ist die Entwicklung der Innenstadt. Was wurde nicht alles versprochen, wie man die Innenstadt nach vorne bringen möchte. Es gab einen Citymanager, der außer dem Erstellen von Objektlisten nur wenig in Erscheinung getreten ist, seine Nachfolgerinnen hatten auf Grund der kurzen Zeit, in der sie jeweils tätig waren, nur wenig Gelegenheit Akzente zu setzen, auf die Neueröffnung eines Geschäftes folgt die Schließung von mindestens einem anderen Geschäft und neue Ideen sind nicht in Sicht. Die im vergangenen Jahr hoffnungsvoll angekündigte Öffnung für Dienstleistungen, Wohnungen, Handwerk ist noch nirgends ersichtlich. Man setzt wieder auf altbewährtes – nämlich Baumaßnahmen. Ob die Neugestaltung des oberen Teils, dann wirklich einschlägt, wird sich zeigen.

Hoffnung macht immerhin, dass mit dem Umzug der Stadtbücherei in die Schlossgalerie so mehr Frequenz geschaffen werden kann, schön, dass hier endlich gehandelt wurde. Aber auch hier hat man wieder Zeit verschenkt und Vertrauen gespielt, da man hier schon weiter sein könnte. Das gleiche gilt auch für ein weiteres Hoffnungs(bau)projekt, dem ehemaligen Kaufhallenareal, schön, dass auch hier endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Bleibt nur zu hoffen, dass es sich bei den beiden Projekten nicht wieder verzögert – aus der Vergangenheit sind wir leider Kummer gewohnt – und man so wieder Vertrauen verspielt.

Kultur

Endlich – man hatte schon fast aufgegeben, daran zu glauben – ist der Kulturbereich in Pirmasens wieder als eigenständiges Amt organisiert. Endlich wird dem Kulturbereich der Stellenwert zugemessen, den er auch wirklich verdient hat. Endlich wird eine langjährige Forderung von uns umgesetzt. Und die Umstrukturierung trägt auch schon Früchte, die Veranstaltungen werden nun gebührend beworben, wenn man jetzt noch die Papiertickets um E-Tickets ergänzt, bekommen die Besucherinnen und Besucher pünktlich ihre Karten. So kann man bei der Kultur vertrauensvoll in die Zukunft schauen. Wenn man jetzt noch die Größe hätte, sich einzugestehen, dass man mit der Umstrukturierung damals einen Fehler gemacht hat, wäre das einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mehr als förderlich. Nichts schafft mehr Vertrauen als auch mal einen Fehler einzugestehen.

Anfragen

Wenn wir gerade beim Thema Fehler eingestehen sind, noch so ein Bereich im dem aus unserer Sicht erheblicher Nachholbedarf besteht: Es geht um Anfragen, deren Themen dem Stadtvorstand unangenehm sind wie beispielsweise unsere Anfrage zu den Verbindungen zur Dara Group. Gerade bei diesem Thema, das medial für große Aufmerksamkeit gesorgt hat, wäre Transparenz von Anfang an wichtig gewesen. Diese Chance hat man aber nicht genutzt, sondern sich dafür entschieden die Antworten so lange wie möglich zurück zu halten. Damit verfestigt sich der Eindruck man habe etwas zu verbergen und verspielt somit wertvolles Vertrauen. Demgegenüber gewinnt man den Eindruck, die Stadtspitze bereite sich auf eine Karriere im Influencerbereich vor. Da wird jede Winzigkeit bei Facebook & Co gepostet, jede Nichtigkeit proklamiert wie eine erneute Mondlandung. Hauptsache öffentliche Aufmerksamkeit. Damit schafft man kein Vertrauen. Vielmehr läuft man Gefahr, sich der Lächerlichkeit preis zu geben

Bildung

Fast hätte ich für den Bereich der Schulen nach all den Schwierigkeiten aus den vergangenen Jahren sagen können, dass man hier wieder Vertrauen zurückgewonnen hat. Die Landgraf-Ludwig-Realschule Plus ist mit unglaublich viel Geld endlich saniert, die Schulrochade wurde eingemottet, das Hugo-Ball-Gymnasium wird – wenn auch mit erheblichem zeitlichem Verzug – saniert und die Schulen in Pirmasens bekommen alle Sachmittel, die sie benötigen

(etwas was man nicht in allen Kommunen so findet). Wäre da nicht der Schulsport! Letzte Woche kam die Mitteilung, dass bei der LLR+ ein Zeitplan für die Nutzung der Halle nicht genannt werden kann und auch bei der TVP – Halle – auch wenn wir froh sind, dass es nun endlich losgeht – wird noch einige Zeit verstreichen, bis wir da so weit sind. Die Fahrten in die Wasgauhalle können keine dauerhafte Lösung sein. Schade, denn so verspielt man das Vertrauen in die eigentlich ordentliche Arbeit im Bereich der Schulen.

Schwieriger ist die Lage jedoch bei den Kindergärten. Es fehlt Personal und es fehlen Kita-Plätze in der Stadt. Hier könnten wir schon viel weiter sein, wenn man nicht immer auf die eigene Deutungshoheit bedacht wäre. Unsere Fraktion hat einen Lösungsvorschlag gemacht, einfach und kostengünstig. Die Schaffung eines Waldkindergartens. Was wurde da – insbesondere von Ihnen Herr Oberbürgermeister – ein Aufwand betrieben, um diese Idee klein zu reden und den Eindruck zu erwecken, dass alles was nicht von der Mehrheitsfraktion kommt, undurchdacht und nicht umsetzbar ist. So verfestigt sich der Eindruck, dass erst die Partei und dann das Wohl der Bürgerinnen und Bürger kommt, das ist alles, aber nicht vertrauensbildend.

Neuffervilla

In dieselbe Richtung geht die Posse um die Neuffervilla. Dazu habe ich das letzte Mal bereits ausführlich Stellung genommen. Es freut uns, dass nun durch den Kunstverein ein Partner bereitsteht, um das Gebäude zu entwickeln. Noch mehr freut es uns, dass dies im Endeffekt der Idee entspricht, die wir bereits vor Jahren in einem Antrag gefordert haben. Schade, dass man hier – wie auch beim Waldkindergarten – die Idee ablehnen musste, weil sie von der falschen Fraktion kam. Schade, dass man auch hier die falschen Schwerpunkte setzt und so das Vertrauen aufs Spiel setzt.

Gartenschau, nice to have, hoffentlich kein Wahlkampfag

Natürlich darf das Thema der vergangenen Woche nicht fehlen – die Bewerbung der Stadt Pirmasens für die Gartenschau 2032. Ich habe in Trier studiert und gesehen, wie positiv sich der Petrisberg durch die Gartenschau entwickelt hat, ich habe viele Jahre in Kaiserslautern gearbeitet und auch dort gesehen, wie gut die Gartenschau der Stadt Kaiserslautern getan hat. Daher weiß ich ganz genau, wie viel auch Pirmasens von solch einem Projekt profitieren kann und auch wie viel Aufbruchstimmung erzeugt werden kann. Aber natürlich sind noch viele Fragen zu beantworten, Wo genau? Was ist das Konzept? Und vor allem was kostet das die Stadt? Wir sind gespannt, was wir noch vorgestellt bekommen und hoffen vor allem, dass es sich angesichts der Wahl im Juni nicht um einen bloßen Wahlkampfag handelt. Das wäre fatal!

Bürgerbeteiligung

Nicht alle hier werden sich noch daran erinnern, aber da im Sommer ein neuer Stadtrat gewählt wird, möchte ich die Gelegenheit nutzen, um ein Ziel der größten Fraktion hier im Rat, deren Partei auch die Stadtspitze stellt, ins Gedächtnis zu rufen. Damals hat man vollmundig verkündet, dass man mehr Bürgerbeteiligung möchte. Man wollte die Menschen in allen Stadtteilen und Vororten bei Entscheidungen mehr mit einbeziehen und so Vertrauen schaffen. Als Vorschlag wurde damals unterbreitet, dass man – wie auch in den Vororten – Stadteilräte einrichten möchte, um die Bürgerinnen und Bürger besser einzubinden. Nach der Wahl ist die Idee in der Schublade verschwunden (vielleicht in der, in der auch der Masterplan Innenstadt liegt, wer weiß?). Ja – ich weiß – man kann nicht immer alle Wahlkampfziele umsetzen. Aber wenn man sich dies schon auf die Fahne, dann sollte man wenigstens die bestehenden Strukturen nutzen und den Menschen in den Vororten das Gefühl vermitteln, dass deren Arbeit für die Katz ist. Wenn sich fraktionsübergreifend Ortsbeiratsmitglieder viele Stunden Gedanken über alternative Umleitungen, Verkehrsführung bei Tempo 30 Anpassung der Friedhofssatzung (übrigens ein Antrag Ihrer eigenen Partei Herr Oberbürgermeister) und ähnliches machen und dies dann seitens der Stadtspitze vollkommen ignoriert wird, dann tritt man das Engagement der ehrenamtlichen Ortsbeiratsmitglieder mit Füßen und

verprellt die „Experten“ vor Ort, denn die Bewohner vor Ort kennen doch ihren Stadtteil am besten. So schafft man alles, aber kein Vertrauen. Und auch die Bürgerinnen und Bürger der Vororte und Stadtteile kann man besser einbeziehen, das Interesse an den Sitzungen in den Vororten zeigt doch, dass man gehört werden will. Dann aber nicht über eine Einwohnerfragestunde, machen sie doch projektbezogene Bürgerbeteiligungen (und nicht nur bei Großprojekten), machen sie Bürgerforen in den Stadtteilen und Vororten. Dann fühlen sich die Menschen ernst genommen, so schafft man Vertrauen.

Zum Schluss möchte ich noch ein Thema aufgreifen, das nicht nur uns Pirmasenserinnen und Pirmasenser sondern die ganze Zivilgesellschaft angeht. Die Stadt kann sich seit einigen Jahren über stabile Einwohnerzahlen freuen. Ein Grund dafür ist auch die Zuwanderung von Menschen nach Pirmasens. Die meisten Fraktionen hier im Rat sind sich auch bewusst, welche Chance dies für Pirmasens bietet, Beispiel Krankenhaus - denn die demokratischen Fraktionen wollen Pirmasens nach vorne bringen. Dies heißt auch, dass man Flagge zeigt, wenn die Grundsätze unserer offenen Gesellschaft bedroht werden, viele haben sich bereits engagiert, andere könnten sich vielleicht noch etwas mehr engagieren.

Am besten gelingt uns dies, indem wir wieder Vertrauen in die Politik schaffen. Dazu reiche ich allen demokratischen Fraktionen die Hand und verbinde damit die Hoffnung, dass die Sachpolitik wieder mehr Raum einnimmt.

Der Haushaltsentwurf hat dazu zwar einige Ansätze, der Nachholbedarf ist uns jedoch noch zu groß, weshalb wir diesem nicht zustimmen können.

Abschließend gilt mein Dank Iris Brandt und dem gesamten Team der Kämmerei für die gute Vorbereitung der Haushaltsberatungen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Ratsmitglied Freihold verliest die Haushaltsrede:

“Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,
sehr geehrte Damen und Herren,

seit Jahren dominiert die Pirmasenser Stadtpolitik ein einziges Thema, nämlich die finanzielle Ausstattung der Kommune oder auf den Punkt gebracht, wo kann noch etwas gekürzt oder eingespart werden, um einen genehmigungsfähigen Haushalt hinzubekommen. Schulden und fehlende Finanzmittel knebeln und fesseln diesen Stadtrat, diese Stadt und all die hier lebenden Menschen. Pirmasenserinnen und Pirmasenser sind schon deshalb gegenüber anderen benachteiligt, weil sie zufällig in Pirmasens und nicht in einer prosperierenden Stadt leben, weil für sie Chancengleichheit und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse eben nicht gelten. Die gesamte Stadtgesellschaft befindet sich in der Gefangenschaft eines gescheiterten politischen Systems, das seine eigenen Werte den Gesetzen des Marktes untergeordnet hat.

Mit der Rolle, die das Grundgesetz für die Kommunen im staatlichen Gefüge vorsieht, und aus welchem Grund die Bürgerinnen und Bürger diesen Stadtrat gewählt haben, hat das, was sich hier abspielt, wenig bis nichts tun. Die in Artikel 28 festgelegte Kommunale Selbstverwaltung findet bestenfalls in der Verwaltung des Mangels ihren Ausdruck und der Stadtrat hat keinen Spielraum, mit freien, unbelasteten und innovativen Entscheidungen die Geschichte der Stadt in die eigenen Hände zu nehmen und für die hier wohnenden Menschen eine lebenswerte Zukunft zu gestalten. Was wir hier tatsächlich tun, ist mehrheitlich einen Haushalt abnicken, der zu 95 und mehr Prozent von Gesetzen, Verordnungen und Pflichtaufgaben vorgegeben ist, auf die wir als Stadtrat nicht den geringsten Einfluss haben.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem kennt nur einen Weg und ein Mittel, wie demokratische Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung von der Vorstellung in die Tat umgesetzt werden können: Man muss für seine politischen Vorstellungen die notwendigen finanziellen Mittel haben, ansonsten bleiben sie Wunschdenken. In dieser Situation befinden sich Pirmasens und all die anderen überschuldeten Kommunen seit Jahrzehnten. Letztlich bedeuten Schulden und fehlende finanzielle Spielräume eben nicht nur eine marode Infrastruktur, Kinderarmut oder fehlende Zukunftsinvestitionen, sondern gehen mit dem Verlust von Demokratie und Selbstbestimmung Hand in Hand. Nicht zuletzt deswegen haben vor nicht allzu langer Zeit etliche ehrenamtliche Bürgermeister das Handtuch geschmissen und werden bei den bevorstehenden Kommunalwahlen nicht mehr kandidieren. Sie fragen sich, wofür sie sich all die Arbeit und den Aufwand noch antun sollen, wo sie im Grunde nichts mehr zu entscheiden und zu gestalten haben.

Seit langem wird debattiert, wie man sich der Schulden entledigen, kommunale Selbstverwaltung, Wohlstand und Zukunftsfähigkeit wiederherstellen könnte. Es wurden Programme und Fonds aufgelegt, gespart, gestrichen, getilgt und insbesondere gesundgebetet, was das Zeug hält. Politikerinnen und Politiker aller Couleur sonnten und sonnen sich in ihren eigenen Schuldenabbau Phantasien und was sie in Mainz und Berlin so alles dafür erreicht haben wollen. Gestritten wurde in den Parlamenten, in den Medien, gestritten wurde vor Gericht. Herausgekommen ist unterm Strich in den letzten 15 Jahren wenig bis nichts - außer vielleicht aufgehübschten Zahlenwerken durch das Streichen von Buchschulden.

Im realen Leben der Pirmasenserinnen und Pirmasenser hat sich durch Entschuldungsprogramme kaum etwas geändert. Der Haushalt gibt nach wie vor nichts her, was zu einer durchgreifenden Verbesserung der Lebensumstände führen könnte. Die Haushaltsanteile, die der Stadtrat tatsächlich frei und selbstbestimmt für das Allgemeinwohl einsetzen kann, liegen seit vielen Jahren zwischen 0 und 5 Prozent des Gesamtaufkommens. Damit lässt sich keine zukunftsfähige Stadt entwickeln, und sich um die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger kümmert. Inzwischen sind 90 Prozent der Innenstadt sanierungsbedürftig, bleiben Masterpläne für die Stadtentwicklung epochale Werke für die Schublade und leben mindestens ein Drittel der Bevölkerung von der Hand in den Mund, in trister Perspektivlosigkeit.

Sind die Herausforderungen der Gegenwart groß, so werden die Herausforderungen der Zukunft noch wesentlich größer sein. Alleine das Thema Kampf gegen den Klimawandel bzw. die Herstellung von klimaneutralen Lebensverhältnissen werden Unsummen verschlingen, von denen heute nicht einmal ansatzweise bekannt ist, woher die dafür notwendigen finanziellen Mittel kommen sollen. Auch die damit einhergehende Verkehrswende, der Ausbau erneuerbarer Energien und des ÖPNV oder einer umfassenden Digitalisierung des Alltagslebens stellen die Stadt vor kaum zu bewältigende Herausforderungen, sie kann aus eigener Kraft kaum etwas dazu beitragen und ist deshalb auf Hilfe und finanzielle Unterstützung von Bund, Land und sogar Spenden angewiesen. Hinzu kommen die bereits hinlänglich bekannten Probleme bei der ärztlichen Versorgung, Kinder- und Altersarmut, Sanierungsstau bei der Infrastruktur, fehlende Kitaplätze, Mammutaufgaben wie dem Bau eines neuen Krankenhauses und vieles mehr.

Ich wage die Prognose: Zusammen genommen wird der Finanz- und Investitionsbedarf der kommenden Jahrzehnte alles bisher Dagewesene bei weitem in den Schatten stellen, um auch nur halbwegs den Anforderungen gerecht zu werden, die uns eine in allen Bereichen aus den Fugen geratene Welt stellen wird.

Und auf der Haben-Seite?

Trotz einschlägiger Gerichtsurteile, Kommunalem Entschuldungsfonds und der erst kürzlich aufgelegten neuen Entschuldungsprogramme hat sich die finanzielle Situation der Stadt Pirmasens, wie oben dargestellt, keinesfalls verbessert. Noch immer muss jeder Cent zweimal

umgedreht werden und bleiben Zukunftsinvestitionen Mangelware und weit hinter den Anforderungen zurück. Dazu kommt die angespannte finanzielle Situation bei den Stadtwerken, deren Gewinne in früheren Zeiten über die Stadtentwicklungsgesellschaft investiert werden konnten und durch Quersubventionierung wenigstens dafür sorgten, dass der Busverkehr flächendeckend funktionierte und das Schwimmbad unterhalten werden konnte. Auch diese Investitionen und Finanzierungsmöglichkeiten sind in Gefahr und könnten bald beendet sein. In 15 Jahren hat man es nicht vermocht, dem in der Landesverfassung verankerten Konnexitätsprinzip Geltung zu verschaffen. Trotz Schuldenübernahme wachsen insbesondere die Defizite im Sozialhaushalt wieder kräftig an und werden auch zukünftig ausgeglichene Haushalte und nennenswerte Zukunftsinvestitionen verhindern.

Wer glaubt daran, angesichts dieser unzureichenden Maßnahmen von Landes- und Bundesregierung in Sachen Kommunalfinanzierung, dass die Bewältigung solch epochaler Herausforderungen wie der des Klimawandels gelingen könnte?

Wir nicht. Leider müssen wir das Fazit ziehen, dass die letzten Jahre nicht genutzt wurden, den Auswüchsen eines selbstzerstörerischen Wirtschaftssystems, der gnadenlosen Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt zu Gunsten einer kleinen Clique von Reichen und Superreichen, entgegenzuwirken. Die politisch Verantwortlichen haben sich verweigert, durch eine gesteuerte und maßvolle Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums zu Gunsten des Allgemeinwohls zu handeln. Die Quittung dafür bekommen wir, aber vor allem die nächste Generation, u.a. durch die politische Umorientierung vieler Menschen nach rechts, wogegen Demonstrationen nur bedingt helfen. Es bedarf einer verantwortungsvollen Politik für das Gemeinwohl und die Masse der Menschen. Nur so sind Demokratie und Sozialstaat auch längerfristig überlebensfähig und den kommenden Herausforderungen gewachsen.“

Ratsmitglied Bachert verliest die Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, werte Ratsmitglieder, zum Anfang möchte ich der Stadtverwaltung und allen die mitgeholfen haben danken, für die Arbeit, die Sie geleistet haben, um den Haushalt 2024 aufzustellen.

Einen besonderen Dank auch dafür, wie versucht wurde die Teilhaushalte Verständnisnah und mit entsprechenden Erklärungen darzulegen. Die Stadt wächst. Die Einwohnerzahl liegt inzwischen bei über 41200. Dies ist sehr erfreulich, da ja lange Zeit eine Schrumpfung der Bevölkerung vorausgesagt wurde.

Und die Stadt braucht diesen Zuwachs damit es auch weiter nach vorne kommen kann.

Im letzten Haushalt war der Haushalt zum ersten Mal seit langer Zeit ausgeglichen. Das Land hatte reagiert und die Verteilung nach wirklichem Bedarf der einzelnen Städte eingerichtet. Die Probleme haben sich aber damit nicht gelöst. Noch ist die Restschuldenfrage nicht geklärt und wir stehen immer noch in Verhandlung, um eine einvernehmliche Lösung zu finden. Auch das Konnexitätsprinzip - In der wer Bestellt auch die Kosten dafür tragen soll- ist nicht ausreichend geklärt damit die Kommunen nicht noch mehr Kredite aufnehmen müssen, um Maßnahmen durchzusetzen. Gerade unsere Stadt mit Ihrer Struktur muss hier stärker berücksichtigt werden damit es vor allem im Sozialhaushalt Unterstützung bekommt. Die Zahlen und Fakten liegen auf dem Tisch.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Im Haushalt gibt es kaum Bewegungsspielraum. Die Verschuldungsgrade, die wir aus eigener Kraft kaum abbauen können und die Investitionen die wiederum neuen Kredite beinhalten werden, lassen den Haushalt defizitär um 14 Millionen ansteigen. Der Eigenanteil an den einzelnen Projekten muss sichergestellt sein. Sie sind im Haushalt auch dargelegt und für unsere Stadt und nach unserer Auffassung nicht aufschiebbar.

So brauchen wir unbedingt die Sporthalle in der Turnstraße. Das Jugendhaus muss angegangen werden. Die Sanierungen an den Schulen sind nötig und die Infrastruktur muss verbessert werden. Der Brandschutz frisst fast eine Million ist aber notwendig.

Hier wurde in den guten Jahren einfach gespart, was uns jetzt auf die Füße fällt.

Die heutigen Gegebenheiten erschweren indes den Zeitablauf und deren Durchführung sowie die enormen Kosten der Maßnahmen.

Der demografische Wandel macht sich immer mehr bemerkbar und er steht erst am Anfang. Deshalb müssen daraus Konsequenzen erfolgen. Für die Bauhilfe heißt das zum Beispiel, das der unterste Stock in Gebäuden immer barrierefrei sein muss.

Oder wenn Straßen erneuert werden das dann für Rollatoren sowie für Kinderwagen genügend Platz vorhanden ist und sie ohne Schwierigkeiten benutzbar sind.

Schauen wir einmal direkt in den Haushalt:

Was uns in der Verwaltung erwartet in Richtung Fachkräftemangel und deren Auswirkungen hat uns die Personalvorsitzende Frau Dunja Maurer im Hauptausschuss geschildert. Es bedarf großer Anstrengungen seitens der Verwaltung Personal zu bekommen. Darauf müssen wir reagieren und unseren Bürgern auch sagen, was in Zukunft auf Sie zukommt. Die Verarbeitung von Verwaltungsprozessen wird länger dauern. Die Büroarbeiten nehmen zu. Kaum noch Ansprechpartner bei Nachfragen, lange Wartezeiten in den Ämtern u.s.w.

Der Zuwachs bei den Aufwendungen der sozialen Sicherung beträgt rund 8 Millionen.

Das Problem mit den freien Trägern der Kindergärten ist noch nicht geklärt und wird im negativen Fall zu hohen Kosten für die Stadt führen. Wir arbeiten nach dem Subsidiaritätsprinzip. Die freien Träger haben Vorrang, wenn Sie es können und wollen. Ansonsten bleibt die Kommune in der vollen Verantwortung. Das vorhandene Kita-Personal reicht bei weitem nicht aus, um die Aufgaben aus dem Kita-Gesetz zu erfüllen.

Neue Kredite müssen nun mit 4% zurückbezahlt werden, was bei einer neuen Kreditaufnahme von 7,9 Millionen rund 280.000 Tausend Euro ausmacht die zusätzlich anfallen.

Personalkosten steigen enorm an, was den Tarifabschlüssen geschuldet ist. Investitionen von insgesamt 28 Millionen liegen 2024 vor uns. Anhand von drei Beispielen möchte ich darstellen, was uns aus Sicht von BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN im Haushalt gut erscheint und worin wir mehr erwartet hätten.

Erster Punkt Verkehrswende:

Wer an dieser Stelle Geld sparen will, hat leider nicht verstanden, dass es noch immer großen Anstrengungen bedarf, um den Verkehrsraum gerechter zu verteilen. Es muss doch unser Ansatz sein, auch die Schwächsten im Straßenverkehr sichere und vernünftige Wege und Straßen anzubieten. Und am schwächsten sind eben Alte und Junge, diejenigen die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind und natürlich all jene, die in Ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

Da sollten im Haushalt mehr Mittel bereitgestellt werden damit Maßnahmen schneller zur Umsetzung kommen. Hier gilt es allerdings auch dafür zu sorgen, dass die Gehwege nicht weiterhin zugeparkt sind. Auch das Angebot des ÖPNV muss auf die vorhandenen Bedürfnisse der Nutzer abgestimmt werden.

Zweiter Punkt Kunst und Kultur.

Kunst und Kultur gewähren den Zusammenhalt jeder Stadtgesellschaft: Sie fordern Kreativität, Empathie und Toleranz, regen zu kritischem Denken sowie zur Selbstreflexion an. Sie ermöglichen Begegnung Austausch und stärken unsere Demokratie. Das Budget der Musikschule, Stadtbücherei, Volkshochschule und des Stadtmarketings befürworten wir. Wir wünschen der neuen Kulturamtsleiterin Heike Wittme~ eine glückliche Hand und wir hoffen das es gelingt, der jüngeren Generation durch die sozialen Medien sowie die Kooperation mit den Schulen die Kunst näher zu bringen.

Dritter Punkt Erneuerbare Energien

Unser Problem ist nicht der kleine Teil der Bevölkerung, der den Klimaschutz leugnet, sondern der große Teil, der sich Sorgen macht, aber zu zögerlich und verhalten reagiert. Es ist ja nicht so, dass nichts passiert aber nach unserer Meinung nach doch zu wenig und zu langsam. Erfreulich ist das der Widerstand gegen Freiflächenfotovoltaik und Windkraft nachlässt. Bestimmt auch, weil erkannt wird, das erneuerbare Energien nicht nur für unsere Stadt gut sind, sondern dass dies auch bezahlbare und nachhaltige Energieproduktion beinhaltet.

Schon bei der letzten Haushaltsrede sprach ich mich dafür aus, dass auch Privatleute mit ins Boot genommen werden sollten. Dort im Solarbereich, das erhöht die Akzeptanz und ist ein Gewinn auch für unseren Haushalt.

Das gilt bei Windrädern genauso. Eine aktivere Bespielung in diese Richtung wäre mehr als wünschenswert.

In Ihrer Neujahrrede sprachen sie, Herr Oberbürgermeister, von eigenen Wegen die wir gehen wollen. Lassen Sie uns auf diesem Weg das Tempo erhöhen, in allen Bereichen, die unsere Stadt attraktiv, lebenswert, und Zukunftsnah machen, sowie zum Wohle der Bürger beitragen.

BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN stimmen dem Haushalt zu.“

Ratsmitglied Weber zeigt auf, er sowie die Ratsmitglieder Zipf, Heil und Meier seien von ihrer Partei nicht mehr als Kandidaten für die kommende Stadtratswahl aufgestellt worden. Daher verzichte er auf die Verlesung der Haushaltsrede der Stadtratsfraktion AfD. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die sehr gute Zusammenarbeit. Auch teilt er mit, dass es ihm Spaß gemacht habe mit oder gegen die anderen Stadtratsmitglieder zu arbeiten.

Ratsmitglied Knerr verliest die Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Herren Dezernenten, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat,

vor einem Jahr standen wir an dieser Stelle und diskutierten einen historischen Haushalt - einen ausgeglichenen Haushalt nach 30 langen Jahren. Ein Meilenstein für unsere Stadt Pirmasens. Heute jedoch, im Jahr 2024, wie von der Stadtspitze letztes Jahr bereits vorhergesagt, blicken wir wieder einmal auf einen nicht ausgeglichenen Haushalt. Die Gründe hierfür sind uns allen bekannt, doch an dieser Stelle möchte ich betonen: Jammern und Klagen führen uns nicht weiter. Wir vor Ort müssen mit den begrenzten Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, das Beste für Pirmasens erreichen. Doch bei allem guten Willen dürfen wir nicht vergessen, dass gute Ideen, sparsame Haushaltsführung und kreative Lösungen alleine nicht die chronische Unterfinanzierung unserer Stadt ausgleichen können.

Es gibt zahlreiche Themen, die unsere Aufmerksamkeit erfordern.

Ein Thema, das nicht nur uns hier im Stadtrat bewegt, sondern die gesamte Bevölkerung, ist die Integration. Eine gelungene Integration ist ein Gewinn für unsere gesamte Gesellschaft. Dabei denken wir Freien Wähler nicht nur an die Integration von Flüchtlingen mit Sprachkursen und Eingliederungsmaßnahmen, sondern auch an die Einbindung aller Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt nach Pirmasens verlegen, sowie alle, den Rat, Hilfe und Gemeinschaft in ihrem Quartier suchen. Die Quartiersbüros, die von der Stadt eingerichtet wurden, sind ein erster Schritt in die richtige Richtung in der Innenstadt. Aber wir dürfen die Vororte nicht vergessen. Integration ist eine Arbeit vor Ort, die viel Einsatz und Engagement erfordert. Diese Arbeit wird von Vereinen und Ehrenamtlichen in unserer Stadt unterstützt. Sie sind oft die ersten Ansprechpartner für Neuankömmlinge. Sie sind nah dran an den Bedürfnissen und Herausforderungen der Menschen vor Ort und können daher individuelle Unterstützung und Hilfe leisten. Ohne ihre Arbeit wäre eine erfolgreiche Integration nicht möglich. Es liegt an uns, dieses Engagement zu würdigen und nach besten Möglichkeiten zu unterstützen, sowohl finanziell als auch ideell.

Die neue Turnhalle des Turnvereins Pirmasens ist nicht nur für den Verein wichtig, sondern sie schließt auch eine Lücke im Bedarf an Schulsportanlagen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Kultur. Pirmasens hat ein reichhaltiges Kulturprogramm, das seit vielen Jahren eine große Bandbreite an Veranstaltungen anbietet. Wir dürfen den Wert des kulturellen Angebotes für die Lebensqualität in unserer Stadt nicht unterschätzen. Gerade in Zeiten knapper Kassen ist es besonders wichtig, die weichen Standortfaktoren zu stärken. Kulturschaffende, die privat oder in Vereinen zur Vielfalt des kulturellen Lebens in Pirmasens beitragen, sollen deshalb gefördert werden, zum Beispiel durch Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit, bei der Organisation von Veranstaltungen oder dem Kartenverkauf.

Ein weiterer Punkt betrifft das Tourismusbüro. Hier sehen wir Potenzial für Synergien und Effizienzsteigerung, indem es in die Alte Post einzieht. Personelle Engpässe könnten vermieden, Kosten gesenkt und der Service verbessert werden.

Wir stehen vor einer Verkehrswende in Deutschland. Der Verkehr soll vielfältig, zukunftsorientiert und nachhaltig werden. Immer mehr Menschen steigen auf das Fahrrad um, auch wenn wir vielleicht nicht die gleiche Quote wie in anderen Städten erreichen. Deshalb dürfen wir nicht so tun, als seien dank der Elektrofahrräder plötzlich alle Pirmasenser mit Zweirädern unterwegs. Bei Bau- und Ausbauvorhaben müssen in Zukunft noch stärker die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigt werden. Straßen müssen so gestaltet sein, dass Radfahrer, Autofahrer, Busse und LKW koexistieren können. Ebenso muss sichergestellt werden, dass genügend Parkraum zur Verfügung steht.

Eine gute Parkplatzsituation ist auch entscheidend für die Erreichbarkeit von Ärzten und Geschäften für Menschen, die beim Gehen beeinträchtigt sind. Mit dem zunehmenden Anteil von E-Autos in Zukunft wird auch die Ladeinfrastruktur im öffentlichen Umfeld entscheidend. Nicht jeder hat die Möglichkeit, sein Auto direkt am Haus zu laden, daher müssen wir auch hier entsprechend planen. Auch für Touristen wird die Anzahl der Ladesäulen in Zukunft eine immer größere Rolle spielen.

Doch nicht nur für Autos sind Servicestellen interessant. An touristisch wichtigen Orten in der Stadt wären Ladestellen für E-Bikes und Self-Service-Pfosten für Radfahrer eine sinnvolle Unterstützung.

Ein wichtiger Aspekt für die Zukunft unserer Stadt ist es, die Wirtschaft vor Ort zu stärken und Anreize zur Neuansiedlung zu setzen. Dies kann dazu beitragen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die lokale Wirtschaft anzukurbeln. Besonders in der Fußgängerzone dürfen die Anstrengungen zur Belebung nicht nachlassen. Die bauliche Sanierung und Neugestaltung reichen alleine nicht aus, um wieder Leben in die Stadtmitte zu bringen.

Der Abbau von Schulden wird uns in den nächsten Jahren weiterhin begleiten. Die Freude über Ausgleichszahlungen war kurz. Die Pflichtaufgaben sind auch in Zukunft nicht ausreichend von Land und Bund finanziert. Dennoch gibt es Bereiche, in denen wir uns keinen großen Sparkurs erlauben können. Bildung und der Gesundheitsbereich sind hier vor allem zu nennen.

Bildung ist ein hohes Gut und Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Sie ist der Schlüssel zur persönlichen Entwicklung, zur Entfaltung von Talenten und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Daher ist es unsere Verantwortung, sicherzustellen, dass Bildung für alle zugänglich und von hoher Qualität ist.

Pirmasens muss seine vielfältige Bildungslandschaft erhalten und stärken. Unsere Kitas sind nicht nur Orte der Betreuung, sondern auch der frühkindlichen Bildung und Förderung. Hier werden die Grundsteine für den weiteren Bildungsweg unserer Kinder gelegt.

Von Grundschulen über weiterführende Schulen bis hin zu beruflichen Schulen haben wir ein breites Spektrum, das den individuellen Bedürfnissen und Interessen der Schülerinnen und Schüler gerecht wird. Wir möchten sicherstellen, dass jede Schülerin und jeder Schüler die bestmögliche Bildung erhält.

Dabei ist eine zeitgemäße Ausstattung der Schulen von großer Bedeutung. Moderne Technologie und digitale Medien sind integraler Bestandteil des Lernens in der heutigen Zeit. Daher setzen wir uns dafür ein, dass unsere Schulen mit den notwendigen Mitteln ausgestattet sind, um den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Denn nur so können wir sicherstellen, dass unsere Schülerinnen und Schüler optimal auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet sind. Die Landgraf-Ludwig-Realschule plus und die Berufsbildende Schule sind zwei aktuelle Beispiele dafür, wie Schulen fit gemacht werden können für die Zukunft.

Neben der schulischen Bildung ist auch die Erwachsenenbildung ein wichtiger Baustein. Lernen hört nie auf, und daher ist es wichtig, dass auch Erwachsene die Möglichkeit haben, sich weiterzubilden und neue Fähigkeiten zu erlernen. Volkshochschule und Stadtbücherei sind wichtige außerschulische Lernorte. Wir möchten diese Angebote weiter ausbauen und fördern, um allen Bürgerinnen und Bürgern die Chance zu geben, sich persönlich und beruflich weiterzuentwickeln. Darüber hinaus sind diese beiden Einrichtungen Begegnungsorte für Menschen aller Generationen und Nationen.

Ein gut funktionierendes Gesundheitssystem ist unerlässlich für eine lebenswerte Stadt.

Das städtische Krankenhaus spielt eine zentrale Rolle in der medizinischen Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir sollten daher alles daran setzen, dass das Krankenhaus über die nötigen Ressourcen und das erforderliche Personal verfügt, um eine qualitativ hochwertige Versorgung sicherzustellen. Mit dem Plan für eine Kindertagesstätte, die den Bedürfnissen des Krankenhauspersonals Rechnung trägt, wird ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet.

Darüber hinaus ist auch die ärztliche Versorgung in Pirmasens von großer Bedeutung. Es ist wichtig, dass unsere Bürgerinnen und Bürger Zugang zu Hausärzten und Fachärzten haben. Es ist fatal, dass zu einer Zeit, in der die Menschen immer älter werden, Arztpraxen geschlossen werden. Hier gilt unser Appell an die politischen Verantwortliche in Land und Bund, die Attraktivität von Gesundheitsberufen zu stärken.

Wir alle müssen dafür arbeiten, dass wir als kleine Stadt am Rande des Landes nicht abgehängt werden. Das gilt nicht nur für den Ausbau der B 10.

Wir müssen für unsere Ziele kämpfen und uns auf unsere Kreativität besinnen. Lassen Sie uns gemeinsam mutig die Herausforderungen der Zeit annehmen und als Demokraten für die Zukunft unserer Stadt arbeiten.

Ich danke der Stadtspitze und den Verantwortlichen in der Koalition für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Mein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihren täglichen Einsatz zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Wir vom Freien Wähler Block Pirmasens werden dem vorgelegten Haushaltsplan zustimmen.

Vielen Dank!“

zu 5.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024

Der Stadtrat beschließt mit 22 Ja- gegen 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich:

die Annahme der Haushaltssatzung 2024 sowie des Haushaltsplans mit seinen Anlagen (siehe Anlage 5 zur Niederschrift).

zu 5.2 Forstwirtschaftsplan 2024

Der Vorsitzende teilt mit, der Forstwirtschaftsplan 2024 sei bereits in der Hauptausschusssitzung am 15.01.2024 einstimmig beraten worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Forstwirtschaftsplan 2024 wird mit folgenden Ergebnissen festgestellt:

Voranschlag der Erträge und Aufwendungen:

Erträge	91.790 €
Aufwendungen	<u>104.270 €</u>
Fehlbetrag	12.480 €

Die Erträge und Aufwendungen sind in den Haushalt 2024 zu übernehmen.

zu 5.3 Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebes mit Finanzplan und Investitionsprogramm

Der Vorsitzende teilt mit, der Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebs mit Finanzplan und Investitionsprogramm sei bereits in der Hauptausschusssitzung am 04.12.2022 einstimmig beraten worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2024

Der Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebes wird wie folgt festgesetzt:

1.1 Erfolgsplan

Erträge	9.980.000 Euro
Aufwendungen	9.962.000 Euro
Gewinn	18.000 Euro

Der Gewinn ist auf neue Rechnung vorzutragen.

1.2 Vermögensplan

Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je **10.395.000 Euro**

1.3 Stellenübersicht mit insgesamt **27,18 Stellen**

2. Finanzplan 2023 bis 2027

Der Finanzplan für die Jahre 2023 bis 2027

wird auf **48.976.000 Euro**
festgesetzt.

3. Investitionsprogramm 2023 bis 2027

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2023

bis 2027 wird auf den Gesamtbetrag von **29.872.000 Euro**
festgesetzt.

4. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite wird festgesetzt auf

5.891.000 Euro

5. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf

10.687.000 Euro

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf

4.614.500 Euro

6. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf

8.000.000 Euro

zu 5.4 **Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan und Investitionsprogramm**

Der Vorsitzende teilt mit, der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebs (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan und Investitionen sei bereits in der Werkausschusssitzung am 04.12.2024 einstimmig beraten worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2024

Der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); Teilbereich Abfallentsorgung wird wie folgt festgesetzt:

1.1 Erfolgsplan

Erträge	5.509.000 Euro
Aufwendungen	5.427.000 Euro
Gewinn	82.000 Euro

1.2 Vermögensplan

Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je	353.000 Euro
---	---------------------

1.3 Stellenübersicht mit insgesamt	23,50 Stellen
---------------------------------------	----------------------

2. Finanzplan 2023 bis 2027

Der Finanzplan für die Jahre 2023 bis 2027

wird auf	1.459.000 Euro
festgesetzt.	

3. Investitionsprogramm 2023 bis 2027

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2023

bis 2027 wird auf den Gesamtbetrag von	1.116.500 Euro
festgesetzt.	

4. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite wird festgesetzt auf

0 Euro

5. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf

325.000 Euro

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf

0 Euro

6. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf

3.000.000 Euro

zu 5.5 Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); ohne Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan

Der Vorsitzende teilt mit, der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebs (WSP); ohne Teilbereich Abfallentsorgung mit Finanzplan sei bereits in der Werkausschusssitzung am 04.12.2023 einstimmig beraten worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2024

Der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP); ohne Teilbereich Abfallentsorgung wird wie folgt festgesetzt:

1.1 Erfolgsplan

Erträge	10.219.800 Euro
Aufwendungen	10.219.800 Euro
Gewinn/Verlust	0 Euro

1.2 Vermögensplan

Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je	1.585.000 Euro
---	-----------------------

1.3 Stellenübersicht mit insgesamt	137,02 Stellen
---------------------------------------	-----------------------

2. Finanzplan 2023 bis 2027

Der Finanzplan für die Jahre 2023 bis 2027

wird auf **4.640.000 Euro**
festgesetzt.

3. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite wird festgesetzt auf **474.000 Euro**

4. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf **0 Euro**

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf **0 Euro**

5. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf

3.000.000 Euro

**zu 6 Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters sowie des hauptamtlichen Beigeordneten; Einsatz der Infrastruktur der Verwaltung
Vorlage: 1797/I/10/2024**

Oberbürgermeister Markus Zwick übergibt den Vorsitz an Bürgermeister Maas und nimmt mit dem Beigeordneten Clauer gemäß §22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung der Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters sowie des hauptamtlichen Beigeordneten nicht teil.

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 10.01.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat nimmt die in der Anlage (siehe Anlage 6 zur Niederschrift) dargestellten Nebentätigkeiten des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters sowie des Beigeordneten gemäß dem Landesbeamtengesetz (LBG) in Verbindung mit der Nebentätigkeitsverordnung (NebVO) und Ehrenämter zur Kenntnis.

Der Stadtrat erklärt sein Einverständnis, dass der Stadtvorstand (Oberbürgermeister, Bürgermeister, Beigeordneter) für die Ausübung der Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst oder gleichgestellt und die öffentlichen Ehrenämter die entsprechende Infrastruktur der Verwaltung (Büro, Fahrer, Dienstwagen) einsetzt. Die Erstattung der Fahrtkosten durch die Träger der Einrichtungen, bei denen die Nebentätigkeit wahrgenommen wird, ist in vollem Umfang in den städtischen Haushalt zu vereinnahmen.

Oberbürgermeister Zwick übernimmt wieder den Vorsitz.

**zu 7 Unterrichtung des Stadtrates nach § 33 Abs. 2 Gemeindeordnung (GemO) über Verträge der Stadt Pirmasens mit Rats- und Ausschussmitgliedern, Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern sowie städtischen Bediensteten
Vorlage: 1802/I/10/2024**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 25.01.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat nimmt von der als Anlage (Anlage 7 zur Niederschrift) beigefügten Übersicht über die im vergangenen Jahr abgeschlossenen Verträge Kenntnis.

zu 8 Nachwahlen

**zu 8.1 Nachwahl für den Hauptausschuss und den Werkausschuss des Wirtschafts- und Servicebetrieb (WSP)
Vorlage: 1800/I/10/2024**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 23.01.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Seitens der Stadtratsfraktion Freier Wählerblock Pirmasens (FWB) wird als Nachfolger für das Ratsmitglied Jürgen Stilgenbauer

Ratsmitglied Jochen Knerr

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, hierüber offen abzustimmen.

Er wählt den Vorgeschlagenen als Mitglied in den Hauptausschuss und den Werkausschuss des Wirtschafts- und Servicebetrieb (WSP).

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nimmt Ratsmitglied Knerr die Wahl an.

**zu 9 Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 1806/I/10.1/2024**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 06.02.2024.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Annahme der folgenden Spenden:

Geldspende:

Spender	Zweck	Betrag
Herr Bernd Hummel	Spende an den Pakt für Pirmasens	3.110,00 €
Familie Nicole und Hartwig Ohr	Spende an den Pakt für Pirmasens	150,00 €
Firma Bernd Hummel Holding GmbH	Spende an den Pakt für Pirmasens	1.000,00 €
Herr Torsten Schmidt	Spende an den Pakt für Pirmasens	500,00 €
Firma Peter Gross Infrastruktur GmbH & Co. KG	Spende an den Pakt für Pirmasens	500,00 €

Herr Andreas Markus Klautzsch	Spende an den Pakt für Pirmasens	150,00 €
Herr Peter Burgmann	Spende an den Pakt für Pirmasens	300,00 €
Sparkasse Südwestpfalz	Spende für die Spiel- und Lernstube im Winzler Viertel	2.000,00 €
Sparkasse Südwestpfalz	Spende zur Anschaffung von Fallschutzmatten für die Turngeräte im Strecktalpark	2.500,00 €
VR-Bank Südwestpfalz eG	Spende zur Anschaffung von Fallschutzmatten für die Turngeräte im Strecktalpark	3.000,00 €

Sachspende:

Spender	Zweck	Betrag
Herr Klaus Dorst	Spende zur Durchführung der Nikolausfeier 2023 für die vom Jugendamt untergebrachten Pflegekinder zusammen mit den Pflegefamilien	ca. 200,00 € (Heiße Würste)
CR Raumpflegeservice	Spende zur Unterstützung von Geflüchteten (Ausstattung mit Erstausrüstung)	1 Kinderbett mit Matratze und Zubehör, sowie Babywippe im Gesamtwert von 300,00 €

zu 10 Anträge der Fraktionen

zu 10.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 15.02.2024 bzgl. "Einführung des Ersthelfersystems "KATRETTTER" in Pirmasens"

Ratsmitglied Bilic begründet den Antrag laut Antragsbegründung (siehe Anlage 8 zur Niederschrift).

Beigeordneter Clauer zeigt auf, bei einem Notfall komme es auf jede Minute an, weshalb die Einführung des Ersthelfersystems befürwortet würde. Er schlägt vor, den Antrag in den Hauptausschuss zu verweisen. Die Verwaltung würde die Kosten ermitteln und eine Kooperation mit dem Landkreis prüfen.

Ratsmitglied Tilly führt aus, die Einführung des Ersthelfersystems würde seitens der Stadtratsfraktion SPD begrüßt und unterstützt.

Der Stadtrat beschließt einstimmig den Antrag in den Hauptausschuss zu verweisen.

zu 11 Anfragen und Informationen

zu 11.1 Beantwortung von Anfragen

zu 11.1.1 Anfrage Ratsmitglied Deny vom 10.07.2024 bezüglich "Selbstreinigende Toiletten"

Der Vorsitzende zeigt auf, es sei nicht angedacht eine selbstreinigende Toilette zu installieren, da eine Toilettenanlage auf dem Platz selbst nicht möglich sei und mit enormen Kosten verbunden wäre. Die Citymanagerin Frau Knerr beschäftigt sich momentan allerdings mit dem Thema "Nette Toilette". Hier würden Gespräche mit Gastronomen und Geschäften geführt werden, damit die Bürgerinnen und Bürger die Toiletten gegen Entgelt benutzen können. Dieses Konzept sei in anderen Städten bereits erprobt worden.

zu 11.1.2 Anfrage Ratsmitglied Deny vom 25.09.2023 bezüglich "Fahrbahnverschwenkung in der Alleestraße in Höhe der Landgraf-Ludwig-Realschule plus"

Der Vorsitzende teilt mit, eine dauerhafte Fahrbahnverschwenkung sei nicht vorgesehen. Die Verschwenkung sei nach dem Rückbau der Baustelle entfernt worden.

zu 11.1.3 Anfrage der Stadtratsfraktion SPD vom 13.11.2023 bezüglich "Personal / Infrastruktur Kindergärten"

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung der Anfrage (siehe Anlage 9 zur Niederschrift) würde im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 11.1.4 Anfrage der Stadtratsfraktion AfD vom 26.06.2023 bezüglich "Gewerbegebiet Husterhöhe"

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung der Anfrage (siehe Anlage 10 zur Niederschrift) würde im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 11.1.5 Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 25.09.2023 bezüglich „Umwandlung von Vorgärten in Parkplätze“

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung der Anfrage (siehe Anlage 11 zur Niederschrift) würde im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 11.1.6 Anfrage der Stadtratsfraktion SPD vom 25.09.2023 bezüglich „Sportvereine im demografischen Wandel“ und vom 13.11.2023 bezüglich „Aktueller Sachstand Calisthenics-Park und Pumptrack“

Beigeordneter Clauer zeigt auf, allen Ratsmitgliedern würde im Nachgang zur Sitzung eine Präsentation (siehe Anlage 12 zur Niederschrift) aus dem Sportausschuss hochgeladen. Im April 2024 solle mit dem Bau des Calisthenics-Parks auf der Husterhöhe begonnen werden. Zum zeitlichen Ablauf teilt er mit, dass 2020 erstmals ein Bürger mit dieser Idee an das Ideenmanagement der Stadt herantreten sei. Daraufhin erfolgte ein Antrag von Herrn Jan Weimann aus dem Jugendstadtrat. Danach hätte die Stadtratsfraktion SPD ihren Antrag in einer Stadtratssitzung vorgestellt.

zu 11.2 Informationen

zu 11.2.1 Information Vergabeermächtigung

Bürgermeister Maas zeigt auf, die Information über die im Wege der Vergabeermächtigung erteilten Aufträge (siehe Anlage 13 zur Niederschrift) sei den Ratsmitgliedern vor der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt worden.

Ratsmitglied Deny fragt an, wofür ein Hochdruckspülfahrzeug notwendig sei.

Bürgermeister Maas erklärt, in langen Trockenperioden würde sich Dreck in den Kanälen sammeln, deshalb müsse mit einem Hochdruckspülfahrzeug gesäubert werden.

Der Stadtrat nimmt zustimmend Kenntnis.

zu 11.2.2 Information Evaluationsbericht IKZ

Der Vorsitzende zeigt auf, Frau Prof. Dr. Gisela Färber, von der Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, würde in der Hauptausschusssitzung am 18.03.2024 den Evaluationsbericht IKZ vorstellen.

zu 11.2.3 Information Interessenbekundung Landesgartenschau

Der Vorsitzende teilt mit, für die Landesgartenschau 2032 hätte die Stadt Pirmasens eine Interessenbekundung abgegeben. Für die endgültige Bewerbung hätte man allerdings bis zum 31.03.2025 Zeit. Somit hätte man genug Zeit, um Vorschläge zu entwickeln. Für die Entwicklung der Vorschläge sei geplant, die Bürger sowie den Stadtrat miteinzubinden.

zu 11.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 11.3.1 Anfrage Ratsmitglied Eyrisch vom 26.02.2024 bezüglich "Weitere Verwendung des alten Stadtbücherei-Gebäudes"

Ratsmitglied Eyrisch fragt an, was mit der alten Immobilie der Stadtbücherei geplant sei.

Beigeordneter Clauer zeigt auf, das Gebäude sei Eigentum der Bauhilfe, die sich bereits Gedanken gemacht habe. Eventuell sei eine gewerbliche Nutzung möglich.

Ratsmitglied Eyrisch fragt an, ob Privatwohnungen eine Möglichkeit seien.

Beigeordneter Clauer führt aus, für Ideen sei man offen. Allerdings seien erhebliche Investitionen notwendig.

zu 11.3.2 Anfrage Ratsmitglied Eyrisch vom 26.02.2024 bezüglich "Konkrete Sachstandsmitteilung hinsichtlich Bezahlkarte unter Berücksichtigung von Bund und Land"

Ratsmitglied Eyrisch erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand hinsichtlich der Bezahlkarte unter Berücksichtigung von Bund und Land. Sie fügt hinzu, sollte die Stadt binnen 4 Wochen keine Rückmeldung seitens des Bundes oder Landes erhalten, erfolge ein erneuter Antrag der Stadtratsfraktion CDU.

Der Vorsitzende zeigt auf, die Verwaltung sei an diesem Thema dran und würde nochmals in einer kommenden Sitzung informieren. Bayern sowie Mecklenburg-Vorpommern würden ihren eigenen Weg gehen. Die sonstigen Bundesländer seien sich einig. Eine Ausschreibung solle im August und die Einführung ab Herbst erfolgen. Die kommunale Lösung sei in Rheinland-Pfalz nicht vorgesehen. Am Ende müsse man abwägen, ob der Weg alleine oder mit dem Land gegangen werden solle.

Ratsmitglied Eyrisch erklärt, sie hätte Angst, dass dieses Thema ausgesessen würde. Deshalb sei es wichtig, dass die Stadt an diesem Thema dranbleibe.

Ratsmitglied Hussong fragt an, welche Kosten auf die Stadt zukommen würden, wenn das Land unterstütze und wie hoch die Ausgaben seien, wenn die Stadt die Bezahlkarte selbst einführen würde. Er fragt weiterhin an, ob im nächsten Hauptausschuss informiert werden könnte.

Der Vorsitzende zeigt auf, bis zur nächsten Hauptausschusssitzung sei dies nicht möglich. In der nächsten Stadtratssitzung könne informiert werden.

zu 11.3.3 Anfrage Ratsmitglied Dr. Matheis vom 26.02.2024 bezüglich "Integrationspolitik im Zusammenhang mit MIND prevention"

Ratsmitglied Dr. Matheis zeigt auf, Herr Ahmad Mansour habe Pirmasens besucht. Er teilte mit, Pirmasens sei bezüglich der Integrationspolitik auf einem guten Weg, allerdings seien die Jugendlichen noch nicht gut integriert. Daher benötige die Integrationspolitik neue Impulse.

Zurzeit fänden viele Demonstrationen statt. Man dürfe jedoch die Augen nicht verschließen und zur Integration gehöre weit mehr als nur zu demonstrieren. Denn dieses Thema betreffe die ganze Stadtgesellschaft. Auch sollte nicht nur Gedenkarbeit vorangetrieben werden.

Beschämend seien auch die Vorfälle bei der Berlinale sowie, dass Herr Ahmad Mansour bei seinem Besuch in Pirmasens 5 Personenschützer an seiner Seite hatte.

Er bittet die Verwaltung um Kontaktaufnahme mit MIND prevention, da dies ein sehr gutes Projekt sei.

zu 11.3.4 Anfrage Ratsmitglied Hendrichs vom 26.02.2024 bezüglich "Schadhafte Verkehrsflächen in der Jakob-Schunk-Straße von der Rodalber Straße kommend und am Krankenhaus hinter der ehemaligen Feuerwache"

Ratsmitglied Hendrichs berichtet von schadhafte Verkehrsflächen in der Jakob-Schunk-Straße von der Rodalber Straße kommend und am Krankenhaus hinter der ehemaligen Feuerwache.

Bürgermeister Maas erklärt, sobald die Temperaturen höher seien und das Asphaltmischwerk wieder geöffnet hätte, würden die Schlaglöcher beseitigt. Die Mitarbeiter des Wirtschafts- und Servicebetriebs seien bereits unterwegs und würden die Straßen kontrollieren

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 18.06 Uhr.

Pirmasens, den 18. April 2024

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Michael Maas
Vorsitzender TOP 6

gez. Anne Vieth
Protokollführung